

vida

Zeitschrift für
Mitglieder der
Gewerkschaft vida

Mehr Infos, Tipps und Service finden Sie auf www.vida.at

Verkehr



Kampfbereit. Sollte die Regierung Eingriffe in den Kollektivvertrag der EisenbahnerInnen planen, wird die Gewerkschaft Kampfmaßnahmen setzen.

ÖBB

Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe



Sozialversicherung

Gesundheitssystem. Ingrid Reischl, Obfrau der Wiener Gebietskrankenkasse, über die Finanzlage der Krankenkassen.

Private Dienstleistungen



Sicherheitsdienste

Vorbildlich. Was das Rechtsschutzpaket bei Securitas den MitarbeiterInnen in der Fahrscheinkontrolle bringt.

Thema

Öffentlich ist wesentlich

Öffentliche Dienstleistungen geraten unter Druck. Nach den Milliardenhilfspaketen an die Banken sucht die Regierung nun nach Wegen zur Budgetkonsolidierung. Manche PolitikerInnen, aber auch ExpertInnen sind sehr schnell mit Vorschlägen zur Einsparung bei den Dienstleistungen für die Allgemeinheit. Dabei wird übersehen, dass Einschnitte bei diesen Leistungen für uns alle negative Folgen hätten. Wir stellen deshalb die öffentlichen Dienstleistungen in den Mittelpunkt dieser Ausgabe der vida-Zeitschrift.

Testen Sie sich. Vom Gratikindergarten für die Kleinen bis zum Gesundheitssystem – wir alle nutzen unser Versor-

gungsnetz. Mit unserem Quiz auf Seite 2 laden wir Sie ein, Ihr Wissen über diese Dienstleistungen im allgemeinen Interesse zu prüfen.

Schuldenfalle ÖBB? Viel ist in den Medien derzeit von den hohen Kosten für unsere Bahn die Rede. Lesen Sie auf Seite 3, warum es sich hier zu einem Gutteil um ausgelagerte Schulden unseres Staates handelt. Einen Vergleich mit den Kosten für die Straße finden Sie auf Seite 4.

Für uns da. Viele Dienstleistungen für die Allgemeinheit scheinen uns selbstverständlich, wir hinterfragen Sie nur selten. Doch welche Menschen stecken dahinter? vida hat sich auf die Spuren von drei

Für eine hohe Lebensqualität ist ein gutes öffentliches Versorgungsnetz unabdingbar.



Sie wollen auch im Alter reisen, nach einem Unfall bestmöglich behandelt werden und eine gute Ausbildung für Ihr Kind? Unser öffentliches Versorgungsnetz macht's möglich.

ArbeitnehmerInnen, die uns „versorgen“, begeben. Lesen Sie mehr dazu auf Seite 5.

Einer von zwei. Beinahe die

Hälfte der Beschäftigten aus dem Verkehrs- und Dienstleistungssektor hat im Job schon Gewalt erlitten. Das belegt eine aktuelle Umfrage. Lesen

Sie mehr zum „Tatort Arbeitsplatz“ und den Forderungen der Gewerkschaft vida zur Bekämpfung der Gewalt im Job auf Seite 9.



Einfach gestrickt

Beinahe täglich trommelt Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka gegen die EisenbahnerInnen. Mit Halbwahrheiten macht er gegen die ÖBBler Stimmung. Die Verunglimpfung der EisenbahnerInnen scheint die Lieblingsarbeit des ÖVP-Politikers zu sein. Zwischendurch erwärmte sich Lopatka auch für höhere Selbstbehalte im Gesundheitswesen.

Privilegien. Was aber sagt der Staatssekretär zur Forderung, die Privilegien der Superreichen in unserem Steuersystem anzutasten und damit dringend benötigtes Geld in unsere Staatskas-

sen zu spülen? Zur Forderung der Gewerkschaft nach einer Vermögenssteuer sagt er Njet. Und was meint er dazu, dass reiche ÖsterreicherInnen in der Schweiz an die 12,4 Milliarden Schwarzgeld bunkern?

Lautes Schweigen. Ganz still ist da der Herr Finanzstaatssekretär. Emsige Versuche seinerseits, die Schwarzgeld-AnlegerInnen zu erwischen, sind nicht überliefert. Dabei wäre hier die Emsigkeit Herrn Lopatkas sehr wohl gefragt. Denn Steuerhinterziehung ist Betrug am Gemeinwohl und muss ohne Wenn und Aber hartnäckig verfolgt werden.

Wahrer Plan. Statt endlich die Steuerprivilegien für die Privatstiftungen und für die wirklich Reichen dieses Landes zu beseitigen, wollen Lopatka und die Seinen die letzten Unternehmen in Staatsbesitz verscherbeln. Bei den ÖBB gilt das zumindest für den Güterverkehr. Das Rezept dafür ist sehr einfach gestrickt: Erst die Bahn und ihre MitarbeiterInnen schlechreden, dann zerstückeln und zuletzt verscherbeln. Im Interesse des Landes sollte Lopatka raschest sein unverantwortliches Agieren einstellen. Denn Österreich braucht eine gute Bahn! (mf)



Foto: Paul Sturm

Sparen als Ausweg?

Wir müssen einsparen, um das hohe Budgetdefizit in den Griff zu bekommen“, lautet die Botschaft des Finanzministers und der Wirtschaft. Die Vorschläge von WKÖ-Chef Leitl dazu: Zwei Milliarden einsparen bei den Spitälern, höhere Selbstbehalte für die Menschen im Krankheitsfall. Staatssekretär Lopatka wiederum nimmt die Krise als Vorwand, um tagtäglich Einschnitte bei den EisenbahnerInnen zu verlangen und die ÖBB schlecht zu reden.

Konsequenzen. Wer unser öffentliches Versorgungsnetz krankspart, der bestraft die BürgerInnen. Denn sie brauchen die Leistungen der Daseinsvorsorge: Bus und Bahn, um zur Schule oder Arbeit zu kommen. Und ein gutes öffentliches Gesundheitssystem, damit die medizinische Versorgung nicht vom Kontostand abhängt.

Alternative Wege. Es gibt klügere Lösungen zur Budgetsänierung. So sollten die Krisenverursacher einen Beitrag leisten – Stichwort Bankenabgabe. Weiters ist es an der Zeit, die unzureichende Besteuerung von Vermögen zu beseitigen. Allein die Anhebung der vermögensbezogenen Steuern auf EU-Niveau würde vier Milliarden Euro einbringen. Anstatt zulasten der „kleinen Leute“ bei den öffentlichen Leistungen einzusparen, ist eine faire Besteuerung der Reichen angesagt.

Rudolf Kaske
vida-Vorsitzender
rudolf.kaske@vida.at

Frauentag

„Ich will's fair“

Die Gewerkschafterinnen kämpfen für die Chancengleichheit – und deshalb auch für gute öffentliche Dienstleistungen.

Das Jahr 2010 ist das europaweite Jahr der Armutsbekämpfung, der ÖGB hat dazu die Kampagne „fair teilen“ gestartet. „Wir vida-Frauen unterstützen diese Initiative. Gemeinsam mit den ÖGB-Frauen machen wir, symbolisiert durch die Leitfigur ‚Marie Los‘ auf die oftmals prekäre Arbeitssituation von Frauen in Österreich aufmerksam“, sagt vida-Frauenvorsitzende Elisabeth Vondrasek. „Unser Anliegen ist es, auf den unfairen Umgang – nicht nur in der Arbeitswelt – mit Frauen hinzuweisen. In diesem Zusammenhang thematisieren wir auch das – teils unzureichende – Angebot an öffentlichen Dienstleistungen“, sagt Vondrasek.

Öffis ausbauen. Frauen sind ungleich mehr auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen als Männer. Aufgrund der unfairen Einkommenssituation – Frauen verdienen nach wie vor massiv weniger als Männer – müssen sich Frauen oft dafür entscheiden, auf individuelle Mobilität zu verzichten. Nicht nur die Anschaffung, vor allem die laufenden Kosten eines Autos sind für Frauen häufig nicht finanzierbar. Mag das Netz der „Öffis“ in den Landeshauptstädten relativ gut geknüpft sein, so liegt es in vielen ländlichen Bereichen im Argen. Ohne eigenes Fahrzeug sind viele Frauen von einer eigenen Erwerbstätigkeit praktisch ausgeschlossen. Einerseits, weil sie nicht zu einer etwaigen Arbeitsstelle gelan-

gen. Andererseits, weil sie ihre Kinder nicht zu einer entsprechenden Betreuungseinrichtung bringen können.

Stadt-Land-Gefälle. Auch bei der Kinderbetreuung macht es einen Riesunterschied, ob „frau“ in der Stadt, oder auf dem Land lebt. Denn immer noch ist vor allem am Land das Angebot an Betreuungseinrichtungen nicht ausreichend. Selbst wenn „frau“ vor der Familiengründung einen Job hatte, ihn dann aber – mangels Kinderbetreuungseinrichtungen oder eben mangels entsprechendem Nahverkehr – nicht wieder aufnehmen kann, fällt sie unter Umständen aus der Versorgungssicherheit, wenn das Partnereinkommen „zu hoch“ ist und sie dadurch die Notstandshilfe verliert.

Hauptanliegen. Deswegen fordern die vida-Frauen die Abschaffung der Anrechnung des Partnereinkommens auf die Notstandshilfe sowie die Durchsetzung von mindestens 1.300 Euro Brutto-Lohn bei Vollzeitarbeit. Zudem sollten alle Beschäftigungsverhältnisse, also auch geringfügige Beschäftigung, der Pflichtversicherung in der Sozialversicherung unterliegen und damit einen Einbezug in die Pensions- und Krankenversicherung sicherstellen. Öffentliche Leistungen, allen voran



„Marie Los“ hat einen Job, aber nicht viel Geld. Anhand dieser Symbolfigur machten die vida-Frauen am Frauentag auf die prekäre Situation vieler Frauen aufmerksam.

Bildung, Verkehr, Pflege und die medizinische Versorgung, dürfen in keiner Weise geschmälert werden. Vielmehr müssen die Leistungen der Versorgungssicherheit verbessert und ausgebaut werden.

ulrike.legner@vida.at

Hätten Sie das gewusst?



Foto: Fotolia/Hemmerbuchholz

dabei den nächsten Tag planen. Damit unser Arbeits- und Familienalltag reibungslos läuft, braucht es ein gutes und sicheres Versorgungsnetz. Kennen Sie sich aus im öffentlichen Kreislauf? Testen Sie Ihr Wissen mit vida. Los geht's!

1) Wie viele ÖBB-Postbus-Stationen hat unser Land?

- A) 22 Haltestellen
- B) 220 Haltestellen
- C) 22.000 Haltestellen

2) Wie viele fünfjährige Kinder profitieren von der Einführung der Gratiskindergärten?

- A) 8.700 Kinder
- B) 80.700 Kinder
- C) 8.700.000 Kinder

3) Wie viele Fahrgäste fahren jährlich mit den ÖBB-Zügen durch Österreich?

- A) 20.000 Fahrgäste
- B) 200.000 Fahrgäste
- C) 200.000.000 Fahrgäste

4) Wie viel Kilometer Gleise besitzen und betreiben die ÖBB?

- A) 11.000 km Gleise
- B) 1.100 km Gleise
- C) 11 km Gleise

5) Wie viele Menschen werden jährlich in Österreichs Krankenhäusern stationär betreut?

- A) 2.000 Menschen
- B) 20.000 Menschen
- C) 200.000 Menschen

- A) Über 62.000 Menschen
- B) Über 2.600.000 Menschen
- C) Über 26.600.000 Menschen

6) Wie viel Tonnen Güter werden jährlich auf Österreichs Straßen transportiert?

- A) Rund 360.000 Tonnen
- B) Rund 3,6 Millionen Tonnen
- C) Rund 360 Millionen Tonnen

7) Wie lange ist Österreichs Stromnetz?

- A) 2.000 km
- B) 20.000 km
- C) 200.000 km

Willkommen im Kreislauf Leben. In der Früh die Kinder mit dem Bus zum Kindergarten bringen. Dann mit der Bahn zur Arbeit

fahren. Nach Feierabend noch schnell jemanden im Krankenhaus besuchen. Dann endlich nach Hause etwas Kochen und

Wissenstest

Richtige Antwort: 1) C) 22.000 Haltestellen in ÖBB-Postbus GmbH, 2) B) 80.700 Kinder in ÖBB-Infrastruktur AG, 3) C) 200.000.000 Fahrgäste in ÖBB-Personenverkehr AG, 4) B) 11.000 km Gleise in ÖBB-Infrastruktur AG, 5) B) 20.000 Menschen in ÖBB-Infrastruktur AG, 6) C) 200.000.000 Tonnen in ÖBB-Infrastruktur AG, 7) C) 200.000 km in ÖBB-Infrastruktur AG.

Was bringt die Bedarfsorientierte Mindestsicherung?

Die Fakten zu der neuen Leistung, die mit 1. September 2010 die Sozialhilfe ablöst.

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist eine Maßnahme der Regierung zur Bekämpfung der Armut in Österreich. Die Mindestsicherung vereinheitlicht die von den Ländern geregelte Sozialhilfe in folgenden Punkten:

Einheitliche Mindestsätze. Bisher variiert die Höhe der Sozialhilfe von Bundesland zu Bundesland. Durch die Bedarfsorientierte Mindestsicherung wird ein bundesweit einheitlicher Mindeststandard sichergestellt. Die Höhe orientiert sich am Ausgleichszulagenrichtsatz in der Pensionsversicherung, also an der „Mindestpension“. Für Alleinstehende beträgt die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) – so wie der Ausgleichszulagenrichtsatz – 744 Euro pro Monat. (Ehe-)Paare erhalten pro Person 75 Prozent des Ausgleichszulagenricht-

satzes und somit 1.116 Euro netto. Sonderbedarfe wie z.B. Heizkostenzuschüsse können weiterhin zusätzlich durch die Länder ausbezahlt werden. Im Unterschied zur Pension wird die BMS zwölf statt vierzehnmal im Jahr ausbezahlt.

Keine Rückzahlung. Neu ist auch, dass die Pflicht zum Kostenersatz fast gänzlich entfällt. Dies gilt insbesondere zwischen Kindern und Eltern bzw. Großeltern. Derzeit ist die Sozialhilfe in einigen Bundesländern von diesen Angehörigen des Beziehers bzw. der Bezieherin zurückzuzahlen. Zu mehr Rechtsicherheit für die AntragstellerInnen trägt bei, dass die Entscheidungsfrist für die Zuerkennung der Leistung maximal drei Monate statt wie bisher sechs Monate beträgt.

AMS als Anlaufstelle. Die Sozialhilfe wird bisher aus Angst davor, als BeihilfenempfängerIn schief angeschaut zu werden, von vielen Anspruchsberechtigten nicht beantragt. Bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung ist das Arbeitsservice (AMS) als Anlaufstelle für arbeitsfähige AntragstellerInnen vorgesehen – das garantiert mehr Anonymität als der Besuch des Sozi-



Eine bundesweit einheitliche Mindestsicherung gibt es ab September. Luxusessen werden mit der Leistung nicht drinnen sein, die Armutgefährdungsschwelle liegt bei rund 950 Euro, die Mindestsicherung bei 744 Euro.

alamtes. Gleichzeitig können arbeitslose LeistungsbezieherInnen durch die Anbindung an das AMS besser beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt unterstützt werden. Ein Anreiz zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ist, dass ein Zuerdienst in Hinkunft nicht automatisch zur Gänze auf die BMS angerechnet wird. Ein zweiter Anreiz besteht darin, dass die BMS auch nicht rückwirkend, nachdem man einen Job gefunden hat, zurückbezahlt werden muss.

Wer hat Anspruch? Die BMS ist

kein bedingungsloses Grundeinkommen. Die Leistung erhalten nur Personen, die über keine angemessenen Mittel verfügen, um ihre eigene Existenz bzw. die ihrer Angehörigen ausreichend sichern zu können. Eigenes Vermögen und Ein-

kommen müssen bis auf wenige Ausnahmen eingesetzt werden, bevor die BMS in Anspruch genommen werden kann. Wer arbeitsfähig ist, muss seine Arbeitswilligkeit nachweisen.

gertrude.oelmack@vida.at

WEBTIPP

Mehr Infos

zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung finden Sie unter www.bmsk.gv.at (Internetseite des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz)

Öffi-Netz

Schuldenfalle ÖBB?

Warum der Schuldenstand der ÖBB so hoch ist und inwiefern der Bund davon profitiert.

Der Schuldenstand der ÖBB lag mit Ende 2008 bei mehr als 13 Milliarden Euro und wird in den nächsten Jahren noch weiter steigen. Schon derzeit benötigen die österreichischen Bundesbahnen rund 30 Jahre bis sie ihre Schulden abbezahlt haben.

Selbst schuld? Wie kann ein so hoher Schuldenberg überhaupt entstehen? Handelt es sich um Managerversagen, Verschwendung oder Ineffizienz? Und warum sind diese Zahlen nicht ganz so bedrohlich wie sie wirken?

Falsches Bild. Auch wenn in dem Unternehmen ÖBB derzeit in den Abläufen große Abstimmungsschwierigkeiten herrschen und viele PendlerInnen aufgrund der Verspätungen verärgert sind und daher der Schluss nahe liegt, die



vida möchte Probleme bei den ÖBB nicht schönreden. Was wir kritisieren, das ist das permanente Schlechtredden des Unternehmens durch den Finanzstaatssekretär.

Bahn sei ein ineffizientes und verschwenderisches Unternehmen, die sich ihren Schuldenberg selbst zu verdanken hat, so ist diese Darstellung in der Öffentlichkeit falsch.

Die Gründe. Die Ursachen für den hohen Schuldenstand liegen ganz wo anders: Der Großteil

der Verbindlichkeiten stammt aus der Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die die ÖBB im Auftrag der Republik Österreich errichten und (vor) finanzieren. Es handelt sich um Projekte, die mit der jeweiligen Regierung abgestimmt und vertraglich fixiert sind. Darunter fallen auch teure Langzeit-

projekte wie der Koralmtunnel oder der Brennerbasistunnel. Diese Finanzierungskonstruktion ermöglicht Österreich ein geringeres Budgetdefizit, da die Schulden der ÖBB nicht in die Staatsschulden einberechnet werden. Damit kann Österreich den europäischen Verschuldungskriterien (fast) gerecht werden (und den so genannten Maastrichtkriterien entsprechen).

Für den Staat. Der Schuldenstand der ÖBB ist so hoch, weil die ÖBB staatliche Aufgaben übernehmen und finanzieren. Die ÖBB tragen also einen Teil der Staatsschulden. Die Sicherstellung des öffentlichen Verkehrs ist Teil der Daseinsvorsorge, also eine öffentliche Dienstleistung, die möglichst vielen Menschen leistbar vom Staat zu Verfügung gestellt werden soll. Der ÖBB Konzern und seine MitarbeiterInnen tragen dazu einen wichtigen Teil bei. Es ist also an der Zeit das auch zu würdigen und sich nicht wieder in Pensionsre-

formdebatten zu verlieren! Aus diesen Gründen und weil VertreterInnen der Regierung als EigentümervertreterInnen in den Aufsichtsräten der ÖBB-Unternehmen sitzen, sind politisch motivierte Zwischenrufe über den hohen Schuldenstand entbehrlich und eine Verhöhnung der Öffentlichkeit.

anna.daimler@vida.at

INFO

Anna Daimler ist studierte Betriebswirtin und leitet das vida-Wirtschaftsreferat. Laufend aktuelle Informationen zum Thema Wirtschaft, Internationales und Gewerkschaft bietet der vida-Newsflash. Lesen Sie die letzten Ausgaben des Newsflash nach unter <http://wirtschaft.vida.at> und abonnieren Sie diesen Newsletter unter www.vida.at

Was kostet uns die Bahn wirklich?

vida-Verkehrsexperte Heinz Högelsberger meint, die Bahn kommt nicht so teuer, wie das oft angenommen wird, und zieht den Vergleich zu den Straßenkosten.

Was die Bahn kostet, darüber war sich im Herbst 2009 nicht einmal die Bundesregierung einig“, sagt Högelsberger. Während Finanzminister Josef Pröll im Herbst 2009 von sieben Mrd. sprach, gab es Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka mit 6,8 Mrd. etwas billiger. Verkehrsministerin Doris Bures wies hingegen detailliert nach, dass die Budgetzuschüsse gerade einmal bei der Hälfte dieser Summen (3,48 Mrd. Euro) liegen. Streitpunkt dabei waren u.a. die Kosten für den Bau und Erhalt der Schieneninfrastruktur.

„Budgettricks“. So waren für den Ausbau des Schienennetzes im Vorjahr 2,174 Mrd. Euro veranschlagt, die allerdings von den ÖBB bezahlt werden (der Bundeszuschuss 2009 lag bei „nur“ bei 224 Mio. Euro). Dieser „Trick“ schont das Staatsbudget und wird auch beim Autobahn- und

Schnellstraßenbau angewandt: Die ASFINAG verbaut weitaus mehr Geld, als sie durch die Maut einnimmt, und ist deshalb mit mehr als elf Mrd. Euro verschuldet.

Teure Nebenstraßen. Für das Jahr 2000 ließ das Verkehrsministerium eine detaillierte Wegekostenrechnung für Österreichs Straßen erstellen. Die Infrastrukturkosten lagen in jenem Jahr bei enormen 4,8 Mrd. Euro - 2,8 Mrd. davon entfielen auf die Landes- und Gemeindestraßen. Zum Vergleich: Für den Betrieb und die Instandhaltung des bestehenden Eisenbahnnetzes (inklusive Vershub) zahlt der Staat derzeit rund eine Mrd. Euro pro Jahr an die ÖBB.

Wettbewerbsungerechtigkeit. Während immer mehr Regionalbahnen stillgelegt werden, fließt extrem viel Geld in die Nebenstraßen. „Niemand würde es aber wagen, eine schwach befahrene Gemeindestraße wegen mangelnder Verkehrsauslastung zu sperren. Bei der Schiene ist dies aber jahrzehntlang geübte Praxis“, kritisiert Högelsberger. Überdies ist auf den Nebenstraßen der Kostendeckungsgrad des LKW-Verkehrs besonders gering. Berücksichtigt man die reinen Infrastrukturkosten, so liegt er bei 23 Prozent. Werden auch noch



Kostengünstige Bahn: Wird eine Tonne 1.000 Kilometer transportiert, fallen auf der Schiene 8,4 Euro an externen Kosten an, beim Schiff 7,4 Euro, beim Straßengüterverkehr jedoch 112,9 Euro.

die externen Kosten – also jene für Umwelt- Gesundheits- und Unfallschäden – mit einbezogen, sinkt der Deckungsgrad auf 15 Prozent. „Denn während die Bahn im gesamten Schienennetz Maut zahlen muss, wird die LKW-Maut derzeit nur auf zwei Prozent des österreichischen Straßennetzes eingehoben“, erklärt der vida-Verkehrsexperte.

Externe Kosten. Externe Kosten werden nicht vom Verursacher, sondern müssen von der Allgemeinheit, der Umwelt oder von nachfolgenden Generationen getragen werden. Wird eine Tonne 1.000 Kilometer transportiert, fallen auf der Schiene 8,4 Euro an externen Kosten an, beim Schiff 7,4 Euro, beim Straßengüterverkehr jedoch 112,9 Euro. In absoluten Zahlen: Schon im Jahre 1998 verursachte der LKW-Verkehr

Schäden von 2,4 Mrd. Euro, der Frachtverkehr auf der Schiene jedoch nur von 128 Mio. Euro. „Seither sind diese externen Kosten noch weiter auseinandergedriftet“, gibt der vida-Verkehrsexperte zu bedenken.

Bahn nicht teuer. Die Bahn ist also nicht so teuer, wie oft angenommen wird, und der Straßenverkehr wurde jahr-

zehntelang bevorzugt. „Echte Kostenwahrheit würde hier Licht ins Dunkel bringen. Ein attraktives, dichtes, leistungsfähiges und leistbares Bahnsystem hätte fast nur Gewinner: Die Menschen, die es nutzen, Umwelt und Gesundheit - und nicht zuletzt auch die Beschäftigten“, betont Högelsberger.

hansjoerg.miethling@vida.at



Foto: Fotolia/Simon Kraus



Foto: Fotolia/Thaut Images

INFO

Straßen- und Schienenbau - wer zahlt was?

Die historische Entwicklung der Ausgaben des Bundes für Schienen- und (Bundes-) Straßeninfrastruktur zeigt, dass in den 1950er-Jahren die Ausgaben gleichauf lagen, in den 1960er-Jahren aber immer mehr Geld in den Straßenbau gesteckt wurde. Von 1970 bis 1987 wurde stets doppelt soviel Geld für die Straße als für die Schieneninfrastruktur ausgegeben. Erst seit 1990 holt die Bahn auf. Trotzdem wurden in der Ostregion (Wien, NÖ und Burgenland) in den vergangenen 20 Jahren 240 Autobahn- und Schnellstraßenkilometer neu gebaut, während auf fast ebenso vielen Regionalbahnkilometern der Personenverkehr eingestellt wurde.

Der Bau von Autobahnen und Schnellstraßen wird – auf Pump – von der staatlichen ASFINAG finanziert. Seit die übrigen Bundesstraßen im Jahr 2002 verländert wurden, überweist der Bund jährlich einen Erhaltungsbeitrag (2004 waren es 35 Mio. Euro) an die Bundesländer. Landes- und Gemeindestraßen werden von den Körperschaften gebaut und erhalten.

Bahninfrastrukturbau ist primär Sache des Bundes bzw. der ÖBB. Steiermark und Kärnten zahlen einen Beitrag von jeweils 140 Mio. Euro zum Bau der Koralmbahn. Bei drei kleineren Bahnprojekten trägt das Land Burgenland 40 Prozent der Planungskosten und 20 Prozent der Errichtungskosten; insgesamt rund 15 Mio. Euro. NÖ hat die Vorfinanzierung für den Ausbau des Marchegger Astes der Ostbahn abgelehnt, tut dies aber bei der parallel dazu verlaufenden Marchfeld-Schnellstraße S 8.

WEBTIPP

Nähere Infos im Internet

<http://www.bmvit.gv.at/verkehr/>

http://www.vcoe.at/start.asp?b=88&list=yes¬r=yes&sw=25&sort=erstelltam_desc

<http://www.probahn.at/>

SIE sorgen für Österreich

Viele Dienstleistungen für die Allgemeinheit erscheinen uns selbstverständlich, wir hinterfragen sie nur selten. Doch welche Menschen stecken dahinter? vida auf den Spuren von drei ArbeitnehmerInnen, die uns „versorgen“.

Stellen Sie sich vor, Sie wollen mit dem Zug fahren, aber nichts geht, der Lokführer fehlt. Oder Sie kommen ins Spital und niemand kümmert sich um Sie, denn das Pflegepersonal ist weg. Oder aber Sie fahren mit einer U-Bahn, in der Sie sich nicht einmal niedersetzen können, weil der Waggon total verschmutzt und verwahrlost ist. vida hat mit drei Beschäftigten gesprochen, die darauf schauen, dass Ihnen genau das nicht passiert.

Traumjob mit Verantwortung. Seine Karriere begann Gerald

abfahrbereit ist, muss Gerald zahlreiche Vorbereitungen treffen. Und wenn während der Fahrt Störungen oder technische Mängel auftreten, greift er aktiv ein. Flexibilität und Ausdauer sind gefragt. So fängt ein Dienst beispielweise einmal um 3:00 Uhr früh oder aber auch um 23:00 Uhr abends an. Und neben Nachtfahrten sind Fahrten am Wochenende keine Seltenheit.

Unter Volldampf. Gerald leistet nicht nur in seinem Job volle Kraft. Auch als Betriebsrat gibt der Steirer Gas. Wichtigstes



Füreinander da sein. Helga Kien kämpft für „ihr“ Pflegepersonal, damit Rechte und Interessen nicht zu kurz kommen.

Berufung. Viele Jahre hat Helga Kien als diplomierte Gesundheits- und Krankenschwester gearbeitet. Vor allem der Intensiv- und Anästhesiebereich hat es ihr angetan. Bis zum letzten Arbeitstag war die Steirerin mit Leidenschaft im Einsatz. Viel Herzblut und Engagement zeigt Helga Kien auch in ihrer Betriebsratsarbeit. Seit 2004 ist sie als Betriebsratsvorsitzende im Orthopädischen Spital Speising frei gestellt und somit voll und ganz für die Belegschaft da. Und als Vorsitzende der Konzernvertretung für die komplette Vinzenz Gruppe ist sie inzwischen für 5.000 MitarbeiterInnen Ansprechperson Nummer 1.

24-Stunden-Pflege. Den Arbeitsalltag im Krankenpflegebereich kennt Helga Kien nur zu gut. Jahrelang hat sie auf das Wohl von PatientInnen im Anästhesie- und Aufwachbereich geschaut. Das beginnt bei der Aufnahme, setzt sich fort mit pflegerischen Maßnahmen, geht weiter über die Vorbereitung der Medikamente, Assistenz bei ärztlichen Eingriffen und Visitenbegleitung bis hin zur Überwachung der Vitalzeichen und schließlich Verlegung auf eine andere Station. Ein Kommen und Gehen. Dienstbeginn 7:00 Uhr, 12-Stunden-Dienst, Schichtwechsel 19:00 Uhr.

Frauen-Job. Die Pflege ist nach wie vor eine „Frauendomäne“. Auch Helga Kiens KollegInnen sind großteils Frauen. Sie kommen aus unterschiedlichen Ländern und sichern den laufenden Betrieb. Umso schlimmer, dass der Berufsstand der Pflege zunehmend unter die Räder gerät, ärgert sich die engagierte Betriebsrätin. Der Beruf wird nicht nur unzureichend honoriert, sondern auch viel zu wenig wertgeschätzt. Man brau-

che sich aber nur einmal vorstellen, was wäre, wenn es kein Pflegepersonal mehr gäbe.

Nachtarbeit. Arbeitsbeginn 20 Uhr. Wenn andere bereits gemütlich ihre Füße vor dem Fernseher hochlegen, beginnt für Toma Jurkic und seine Kollegen erst der Tag. Das Team der Josef & Theresia Kling GmbH & Co KG ist nämlich zuständig für die Reinigung öffentlicher Verkehrsmittel in Wien. Bis frühmorgens werden die U-Bahn- und Straßenbahnwaggons sowie die Busse der Wiener Linien gesäubert und vom Boden bis zur Decke auf Hochglanz gebracht.

Internationales Team. Rund 50 Mann stark sind die Putztrupps, die jede Nacht ihr Pensum erfüllen müssen, damit am nächsten Morgen die Fahrgäste wieder in gepflegten Verkehrsmitteln durch die Stadt fahren können. „In unserem Team gibt

es eigentlich nur Männer, dafür sind wir international. Die meisten kommen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei“, erzählt Jurkic.

Harter Winter. „Ich mache meinen Job wirklich gerne, die Branche gefällt mir und das Team ist super“, versichert Jurkic, der seit mehr als sechs Jahren im Unternehmen ist. Doch der Winter ist hart: „Durch Regen und Schnee tragen die Fahrgäste mehr Schmutz in die Verkehrsmittel und vor allem die kleinen Steine sind sehr mühsam zu entfernen. Dazu kommt noch die Kälte in manchen Waggons“, berichtet der Reiniger aus der nicht immer einfachen Praxis.

Stellvertretend für alle „VersorgerInnen“ Österreichs sagen wir heute: Danke!

marion.tobola@vida.at
ines.schmied@vida.at



Im Einsatz. Toma Jurkic kümmert sich darum, dass die Verkehrsmittel der Wiener Linien am Morgen wieder sauber sind.

Trofaier bereits mit 15 Jahren bei den ÖBB. Vom angehenden Maschinenschlosser in der Lehrwerkstätte Knittelfeld hat er es schließlich bis zum Triebfahrzeugführer mit Dienststelle Bruck an der Mur geschafft. Der 31-jährige Steirer bringt seit 2000 Fahrgäste und Güter sicher und pünktlich an ihr Ziel. Und auch noch nach zehn Jahren Einsatz ist Zug führen Gerald's Traumjob.

Universaltalent. Bevor ein Zug

Thema dabei ist die Arbeitszeit. Dass kein Missbrauch seitens Arbeitgeber betrieben wird, darauf achtet der junge Betriebsrat. Der wirtschaftliche Druck ist spürbar, das Personal scheinbar im Dauereinsatz. In den letzten Jahren habe neben der Fahrgeschwindigkeit und der Kilometeranzahl auch der Anteil der Zugleistung in der Nacht zugenommen, vor allem im Güterbereich. Damit die Versorgung Österreichs sicher gestellt ist.



Mit voller Kraft voraus. Gerald Trofaier ist Triebfahrzeugführer mit Leidenschaft und viel Engagement.

Privatisierung kann Ihre Gesundheit gefährden



Foto: Fotolia/Frog

Gewinnorientierte Anbieter drängen auf den Markt. Meist agieren sie nach dem Motto „Rentable Leistungen machen wir, Aufwändiges bleibt dem staatlichen System.“

chirurgie lässt sich viel Geld verdienen, ebenso mit der Spezialisierung auf relativ einfache Eingriffe und Behandlungen. Die aufwändi-

gen, unrentablen Behandlungen bleiben jedoch bei den staatlichen Krankenhäusern und somit der Allgemeinheit überlassen.

Die Privaten. Österreich hat ein Gesundheitssystem, in dem ganz wesentliche Leistungen von privaten Anbietern erbracht werden. Das funktioniert, weil die meisten Privaten nicht auf Profit ausgerichtet sind. Kirchliche und andere nicht gewinnorientierte Krankenhäuser werden für ihr

hochqualitatives Angebot vernünftig bezahlt. Und das sollte auch für die Entlohnung der MitarbeiterInnen gelten. Die Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich sind alles andere als SpitzenverdienerInnen. Ihr Einkommen liegt im Durchschnitt um ein Fünftel unter dem aller unselbstständig Beschäftigten. Welche negativen Konsequenzen für den Einzelnen und den Staat ein Gesundheitssystem hat, das den gewinnorientierten privaten Anbietern überlassen ist, sehen wir an den USA: Das US-Gesundheitssystem ist das teuerste der Welt – und doch sind schätzungsweise 48 Millionen AmerikanerInnen nicht krankenversichert.

Auf Gewinn aus. Auch in Europa interessieren sich Private Equity Gesellschaften für den Gesundheitsbereich. Private Equity bezeichnet privates

Beteiligungskapital – das Management dieser Gesellschaften ist im Allgemeinen nicht an der langfristigen Entwicklung der Unternehmen interessiert, sondern am maximalen Gewinn. Bei einer Erhebung der Beratungsfirma Deloitte unter Private Equity Managern aus Österreich, Deutschland und der Schweiz bekundeten 45 Prozent der Befragten Interesse an Investitionen im Gesundheitsbereich. Nur zwanzig Prozent wollen aber in Altenheime, Krankenhäuser oder Rehabkliniken investieren. Der Grund: die Private Equity Manager scheuen den Einfluss, den die öffentliche Hand bei diesen Einrichtungen nach wie vor hat. Gut so, meinen wir.

andrea.leidinger@vida.at

WEBTIPP



Heuschrecken oder Honigbienen?

Die geheime Welt der Private Equity-Fonds. Die Broschüre steht auf www.vida.at zum Download zur Verfügung.

Gesundheit kann sich keiner kaufen, auch nicht mit allem Geld der Welt. Manche Menschen sind jedoch der Meinung, dass Gesundheit eine Ware wie jedes andere Gut wäre und somit auf dem freien Markt gehandelt werden darf. Und eines sagt uns der Hausverstand - und wird auch von wissenschaftlichen Untersuchungen bestätigt: Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen der Qualität der Krankenpflege und dem Heilerfolg der Patient-

Innen. Doch das ist für gewinnorientierte Konzerne nebensächlich. Und je mehr Patientinnen und Patienten das Gesundheitspersonal versorgen kann, desto „rentabler“ ist es.

Besser und billiger? Wenn behauptet wird, dass Private die gleichen Leistungen besser und billiger erbringen können wie staatliche Einrichtungen, dann stimmt das in einem abgegrenzten Bereich. Mit Spezialkliniken für Schönheits-

„Krank sein kann man sich nicht leisten“

Wie funktioniert das Gesundheitssystem in der Slowakei? Und was ist anders als bei uns?

In der Slowakei gibt es ein Mischsystem aus privaten und staatlichen Krankenversicherungen. In zahlreichen Reformen während Anfang der 1990er Jahre wurde die zentralstaatliche Organisation des Gesundheitssystems zerschlagen. Die staatlichen Apotheken wurden privatisiert und private AnbieterInnen bei den praktischen ÄrztInnen und im Facharztbereich zugelassen.

Die Krankenversicherungen. Seit 1995 können die SlowakenInnen wählen, ob sie bei einer

staatlichen oder privaten Krankenversicherung sein wollen. Nach der kürzlich erfolgten Fusion der beiden staatlichen Versicherungen gibt es aktuell eine staatliche und drei private Versicherungen. Die staatliche Versicherung deckt den größten Teil der Bevölkerung ab. Seit 2007 dürfen auch die privaten Krankenversicherungen ihren Gewinn nur für Investitionen in den Versorgungsbereich ausgeben, das Parlament hat zudem die Verwaltungskosten mit 3,5 Prozent begrenzt.

Teurer als bei uns. Ein Vergleich der Beitragssätze zeigt, dass die Krankenversicherungsbeiträge für ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen in der Slowakei teurer kommen als in Österreich. Die finanzielle Absicherung im Krankheitsfall ist schlechter als bei uns. Vom ersten bis zum dritten Tag beträgt die Entgeltfortzahlung ein Viertel der Bemessungsgrundlage,

ab dem vierten Tag gibt es 55 Prozent Krankengeld. Als Bemessungsgrundlage wird das Einkommen des Vorjahres herangezogen. „Krank sein kann man sich nicht leisten. Viele gehen krank zur Arbeit“, berichtet Erika Brselova, die aus Bratislava stammt und zur Zeit im internationalen Referat der Gewerkschaft vida beschäftigt ist.

Preisexplosion. Der Anteil der privaten Ausgaben im Gesundheitswesen ist von 10,6 Prozent im Jahr 2000 auf 26,1 Prozent 2006 gestiegen. Das meiste Geld wird für Medikamente ausgegeben - und deren Preise sind in den vergangenen Jahren massiv gestiegen. 2009 hat die Slowakei deshalb die Referenzierung der Medikamentenpreise eingeführt. Dazu wird für bestimmte Medikamente der Preis in sechs verschiedenen EU-Ländern ermittelt und daraus der Durchschnitt errechnet. Der Preis in der Slo-

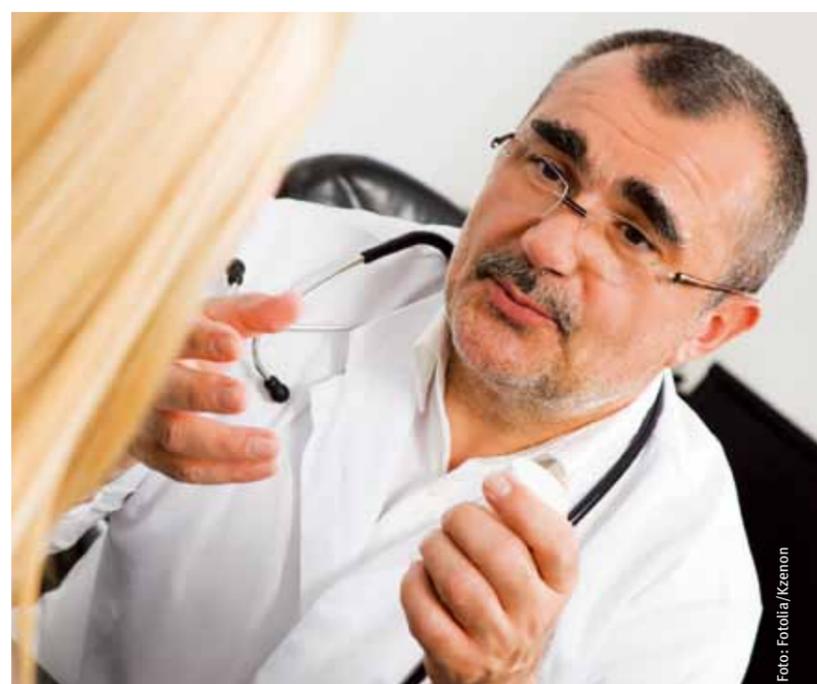


Foto: Fotolia/Kzenon

Wer beim Arzt längere Wartezeiten vermeiden will, muss eine Gebühr zahlen.

wakei soll nicht höher sein als dieser Referenzpreis.

Medizinische Versorgung. PatientInnen müssen manchmal längere Distanzen reisen, um bestimmte Behandlungen in Anspruch nehmen zu können. Für ÖsterreicherInnen ungewöhnlich ist, dass SlowakenInnen, die die Wartezeiten beim Arzt

vermeiden wollen, dafür eine Gebühr von 6,60 Euro zahlen müssen. Anders als in Österreich sind aber Kuraufenthalte inklusive Unterkunft kostenlos und der Selbstbehalt von 1,65 Euro pro Tag für Krankenhausaufenthalte wurde vor kurzem abgeschafft.

karl.goldberg@vida.at
erika.brselova@vida.at

Slowakei

Kollektiver Spaß an der **Bewegung**

Haltungsschäden, muskuläre Probleme und geringere Widerstandskraft des Organismus sind die so genannten „Zivilisationskrankheiten“ in Zentraleuropa. Der Betriebssport ist ein möglicher Weg der Prävention.



Betriebssport: Stärkung des Gemeinschaftsgefühls.

Seit Jahren hören wir aus den Medien, dass es eine enorme Kostenexplosion im österreichischen Gesundheitswesen gibt. Genauso lange diskutieren PolitikerInnen und ExpertInnen über deren Ursachen und die Methoden, diese zu reduzieren.

Chance für Unternehmen. Eine Ursache liegt klar auf der Hand. Die Modernisierung der Arbeitswelt brachte eine höhere Produktivitätssteigerung bei geringerer körperlicher Leistung mit sich. Die negativen Begleiterscheinungen sind Bewegungsmangel und

einseitige Belastungen. Mehrere wissenschaftliche Untersuchungen belegen zudem, dass die österreichischen ArbeitnehmerInnen vermehrt einer bewegungsarmen Freizeitaktivität nachgehen, obwohl ihnen heute größerer Energie- und Zeitreserven zur

Verfügung stehen als noch vor einigen Jahrzehnten. Gerade die größeren Zeitreserven stellen für Unternehmen eine Chance dar, ihren Beitrag zur Reduktion der Kosten im Gesundheitswesen zu leisten. Das Schlagwort dazu ist „Betriebssport“ – der kollektive Spaß an der Bewegung.

Betriebssport rechnet sich. Unter der Annahme, dass alle Erwerbstätigen durch betriebliche Gesundheitsförderungsprogramme, wie zum Beispiel Betriebssporteinrichtungen, erreicht werden können, sind möglicherweise Einsparungen von bis zu 3,64 Milliarden Euro im österreichischen Gesundheitswesen laut einer Studie von A. Kleissner aus dem Jahr 2006 zu erzielen. Am meisten davon profitieren würden zwei Seiten. Der Effekt der Reduktion der Krankenstandskosten kommt hauptsächlich den Unternehmen zugute. Bei den Krankenbehandlungen sind die eindeutigen Profiteure des Einsparungs-

effekts die österreichischen Sozialversicherungsträger.

ÖES hat Vorbildwirkung. Eine Vorbildwirkung bei den Anbietern von Betriebssport nimmt der Dachverband der Österreichischen Eisenbahner Sportvereine (ÖES) bereits seit Jahrzehnten ein. Dieser Verband ist mit seinen mehr als 55.000 Mitgliedern der mit Abstand größte Sportdienstleistungsanbieter für Betriebssporteinrichtungen in Österreich. „Unsere heutige Arbeitswelt ist geprägt von der steigenden Anonymität der ArbeitnehmerInnen am Arbeitsplatz. Deshalb nehmen wir mit unseren mehr als 90 Vereinen eine wichtige soziale Funktion ein und stärken wieder das Gemeinschaftsgefühl unter den KollegInnen“, erklärt ÖES-Generalsekretär Christoph Lipinski und ergänzt: „Dadurch profitieren letztendlich die ArbeitgeberInnen und die ArbeitnehmerInnen.“

christoph.lipinski@vida.at



ServiceTel: (kostenlos)
0800/20 11 30
mail@oebv.com

www.oebv.com

In besten Händen? Ja, ganz sicher!

Einmalerlag bei der ÖBV

- > Schon ab € 2.000,-
- > Garantierte Mindestverzinsung und ÖBV Gewinnbeteiligung
- > Laufzeit ab 10 Jahren
- > Attraktive Steuervorteile
- > Auszahlung: Einmalbetrag oder Rente



Mit der ÖBV durchs Leben

Finden Sie Harmonie am Wolfgangsee

Spaß und Erholung am Wolfgangsee. Das Ferienhaus Abersee des Dachverbandes der Österreichischen Eisenbahner Sportvereine (ÖES) ermöglicht Ihnen einen günstigen Urlaub in Salzburg.



Eigener Badeplatz am Wolfgangsee.

Abersee ist eine kleine Ortschaft am Wolfgangsee, etwa auf halbem Weg zwischen Sankt Gilgen und Strobl. Das Ferienhaus Abersee befindet sich direkt am Wolfgangsee mit eigenem Badeplatz. Die gleich daneben liegende Anlegestelle der Wolfgangsee-Schiffahrt ermöglicht Ihnen, den beliebten Luftkurort St. Wolfgang im Windschatten des Schafberges einfach zu erreichen.

Für die ganze Familie. Rustikal eingerichtete 1- bis 4-Bettzimmer und ein großer Aufenthaltsraum bieten genügend Platz für die ganze Familie. Gartensessel und -tische, ein Tischtennistisch und verschiedene Kinderspielgeräte stehen Ihnen kostenlos zur Verfügung. Für die Eigenversorgung können Sie eine komplett eingerichtete Gemeinschaftsküche nutzen.



Ferienhaus Abersee.

INFO



Wie werden Sie ÖES-Mitglied?

Die elektronische Beitrittserklärung finden Sie auf www.oes.at im Bereich „Mitglied werden“ oder fordern Sie das Mitgliederformular einfach an:

Kontakt:

ÖES Dachverband der Österreichischen Eisenbahner Sportvereine
Johann-Böhm-Platz 1
1020 Wien
Mobil: +43 (0) 650 208 49 67
Tel: +43 1 53 444 79 - 697
Fax: +43 1 53 444 102 - 654
E-Mail: oes.dachverband@vida.at

Kontakt:

Monika Neuberger
Clemens-Holzmeisterstraße 6
1100 Wien
Tel.: +43 (0)1 93000-33081
Fax: +43 (0)1 93000-25431
E-Mail: monika.neuberger@oebb.at

PREISE



	Hauptsaison: 01.04. - 30.09.2010	Nebensaison: 01.10. - 30.11.2010
Erwachsene:	20,00 EUR	15,00 EUR
Jugendliche von 6 bis 15 Jahren:	13,00 EUR	10,00 EUR
Kinder bis 6 Jahren:	gratis	gratis

Kurzurlaube sind möglich!

Hinweis für vida-Mitglieder: Buchungen setzen eine Mitgliedschaft (12,00 EUR pro Jahr) beim Dachverband der Österreichischen Eisenbahner Sportvereine voraus.

GEWINNSPIEL



vida verlost 1 Wochenende (im Zeitraum Mai und Juni) für 2 Personen im Ferienhotel Abersee am Wolfgangsee und 1 Jahr Gratis-Mitgliedschaft beim ÖES.

Beantworten Sie folgende Gewinnfrage: Am Fuße welchen Berges befindet sich St. Wolfgang?

Antworten an:

vida/Pressereferat; Kennwort: Abersee, Johann-Böhm-Platz 1, A-1020 Wien oder per E-Mail: zeitschrift@vida.at, Einsendeschluss: 16. April 2010

Buch-Tipp: Gleichheit ist Glück

Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind.

Ungleichheit, so wollen uns WirtschaftsexpertInnen einreden, ist eine gute Sache: Sie fördert den Wettbewerb und animiert die Einzelnen zu mehr Leistung. Und wo die Wirtschaft boomt, geht es allen gut.

Ist das wirklich so? Die AutorInnen haben Daten zum Zustand entwickelter Gesellschaften ausgewertet. Das Ergebnis: Ungleichheit macht die ganze Gesellschaft krank, es trifft alle sozialen Schichten. In den USA, wo das reichste Fünftel der Gesellschaft das Neunfache des ärmsten Fünftels verdient, ist die Zahl der psychischen Erkrankungen fünfmal so hoch wie in

den skandinavischen Ländern. Das Buch bietet eine völlig neue, mit Zahlen untermauerte Basis für das ehemals „linke“ Ziel einer gerechten Gesellschaft.

Richard Wilkinson/Kate Pickett
Gleichheit ist Glück

320 Seiten, Tolkemitt Verlag bei Zweitausendeins, 2010
ISBN: 978-3-942048-09-5
EUR 27,20

Impressum

Herausgeber: ÖGB, Gewerkschaft vida, Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96 - 39744, Fax 01/662 32 96 - 39793, E-Mail: renate.wimmer@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at

Hersteller: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21

Herstellungsort: Neudörfel

Redaktionsteam dieser Ausgabe: Erika Brselova, Anna Daimler, Martina Fassler (Chefredaktion, mf), Karl Goldberg, Andrea Leidinger, Ulrike Legner, Hansjörg Miethling, Christoph Lipinski, Patrick Nikitser, Gertrude Oelmack, Maria Ostermann, Ines Schmied, Rudolf Srba, Marion Tobola, Alice Wittig.

Grafik: Peter-Paul Waltenberger, ÖGB-Verlag.

Redaktionsadresse: Gewerkschaft vida, Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien, zeitschrift@vida.at, Tel: 01/53444 79 265.

DVR-Nr.: 0046655. ZVR: 576 439 352

Die nächste vida-Zeitung finden Sie im Mai in Ihrer Post.



Das Konto zum Nulltarif

Daueraufträge, Überweisungen, Einziehungs-Aufträge, Kontoführung etc. – all das kostet bei anderen Banken viele, viele Euros Ihres hart verdienten Geldes.

Ihr Konto bei der Sparda-Bank kostet Sie keinen Cent.

Alle Arbeiten der Kontoverlegung zur Sparda-Bank werden computerunterstützt rasch und sicher erledigt.

Electronic-Banking gratis!

Die SPARDBANK immer in Ihrer Nähe:

4020 Linz, Wienerstraße 2a	0732/65 43 21-0	BASA: 870/654
4020 Linz, Landstraße 78	0732/65 43 21-500	BASA: 870/654-500
4020 Linz, Hugo-Wolf-Straße 21	0732/66 52 83	
4020 Linz, Hauptbahnhof	0732/65 41 00	BASA: 870/654-602
4020 Linz, Hamerlingstraße 44	0732/65 51 44	
5020 Salzburg, Schallmooser Hauptstr. 18	0662/87 65 67	
5020 Salzburg, Hauptbahnhof	0662/87 34 26	
5020 Salzburg, Röcklbrunnstraße 12	0662/87 13 66	
4800 Attnang, Römerstraße 12	07674/63 2 93	
5500 Bischofshofen, Jos. Leitgeb-Straße 1	06462/23 53	
4300 St. Valentin, Westbahnstraße 29	07435/58 4 85	
8900 Seibersdorf, Nr. 44	03616/311	
4400 Steyr, Pachergasse 15	07252/45 0 54	
4400 Steyr, Siemens-Straße 11	07252/70 3 00	
4600 Wels, Bahnhofstraße 31	07242/61 7 15	
4600 Wels, Dr.-Solzmann-Straße 5a	07242/20 74 58	

SPARDBANK
Eine Bank wie ein Freund

Für Arbeitnehmer, Beamte und Pensionisten. Einzigartig in Österreich!

@ zeitschrift@vida.at

Schreiben Sie uns, wie Ihnen die vida-Zeitschrift gefällt.

Wir freuen uns

- über Ihre Rückmeldungen,
- über Tipps und
- Anregungen.

Schreiben Sie ein E-Mail an:

zeitschrift@vida.at

Oder per Post an die:

Gewerkschaft vida
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien

topinfo **vida**

www.vida.at

Verkehr

Seite 10-11

Soziale, Persönliche Dienste
und Gesundheitsberufe

Seite 12-13

Private
Dienstleistungen

Seite 14-15

Die Gewalt wird unterschätzt

Jede/r zweite Beschäftigte aus dem Verkehrs- und Dienstleistungssektor war schon einmal Opfer von Gewalt am Arbeitsplatz.

Bisher gab es nur Schätzwerte über das Vorkommen von Gewalt am Arbeitsplatz. Nun liegen erstmals Zahlen und Fakten zur Situation im Verkehrs- und Dienstleistungsbereich in Österreich vor. Denn das Forschungsinstitut ifes hat im Auftrag von vida mehr als 1.800 Beschäftigte zu dem Thema befragt. Das Ergebnis: Rund jede/r zweite Befragte hat am derzeitigen Arbeitsplatz schon einmal die eine oder andere persönliche Gewalterfahrung gemacht. Am stärksten betroffen sind die Beschäftigten aus der Verkehrsbranche. Drei von vier geben hier an, in der Arbeit schon einmal persönlich Opfer von Gewalt geworden zu sein.

Gewalt passiert täglich. 26 Prozent der Befragten aus dem Verkehrssektor mussten sich schon einmal gegen Handgreif-

lichkeiten wehren, vierzig Prozent wurden bereits einmal im Job von KundInnen bedroht. Noch häufiger kommen Hänseleien, Verspottungen und diskriminierende Witze vor – jede/r zweite Beschäftigte aus dem Verkehrsbereich hat das schon erlebt. Gewalt im Job geht vorwiegend von KundInnen bzw. KlientInnen aus. Das trifft insbesondere auf den Verkehrssektor zu, ebenso auf die Gesundheitsberufe und die sonstigen Dienstleistungen. Anders ist die Situation im Tourismus: Dort wird häufiger beobachtet, dass die Gewalt von KollegInnen oder Vorgesetzten ausgeht. „Möglicherweise ist das auf die typischen Stressphasen zurückzuführen, die für diese Branche charakteristisch sind“, meint Studienautor Georg Michenthaler von ifes. Zum Beispiel wenn zur Mittagszeit alle Gäste gleichzeitig ins Restau-

rant strömen und in der Küche Hochspannung herrscht...

Stress als Auslöser. Nicht nur im Tourismus, generell wird von den Befragten der steigende Arbeitsdruck als häufigster Grund für die Gewalt genannt. Wenn ein Kellner statt vormals zwei den ganzen Speisesaal zu betreuen hat, bleibt weniger Zeit für den einzelnen Gast. Dasselbe kommt im Gesundheitssektor vor, wo in der mobilen Betreuung die Zeit bei den einzelnen KlientInnen in den vergangenen Jahren laufend verkürzt wurde, aber auch bei den ÖBB, wo unter anderem ZugbegleiterInnen eingespart wurden. Die Angst um den Arbeitsplatz und einen schlechten Führungsstil nennen die Befragten als weitere Gründe für die Gewalt im Job. Auch dem Alkohol- und Drogenkonsum kommt eine nicht unwesentliche Rolle zu. Das gilt vor allem für den Gesundheitssektor, wo z.B. Heimhilfen suchtkranke KlientInnen betreuen und dabei auch deren Aggressionen abbekommen.

„Is eh nix passiert“. So ähnlich reagieren viele Beschäftigte, vor allem wenn es um „verbale“ Gewalt geht, also um Hänseleien oder Verspottungen. Ein Viertel der Befragten stufte derartige Vorfälle nicht als Gewalt ein, weitere 12 Prozent wollten keine Angaben dazu machen. „Das kann auf mangelnde Sensibilität zurückzuführen sein, weil die vielen Facetten von Gewalt bisher nicht thematisiert wurden. Vielfach werden unangenehme Situationen aber auch verdrängt, unter dem Motto: „Das gehört zum Job dazu“, er-

klärt die stellvertretende vida-Bundesgeschäftsführerin Renate Lehner.

Aktiv werden. vida möchte mit der Initiative „Tatort Arbeitsplatz. Gib der Gewalt im Job keine Chance“, die seit November 2009 läuft, die Beschäftigten für die unterschiedlichen Formen der Gewalt sensibilisieren und ihnen Mut machen, derartige Vorfälle zu melden statt hinzunehmen.

Tabu brechen. „Die Arbeitgeber dürfen das Problem der Gewalt im Job nicht länger unter den Teppich kehren, sie müssen offen darüber reden. Denn sie sind für die Sicherheit und Gesundheit ihrer Beschäftigten verantwortlich“, sagt vida-Vorsitzender Rudolf Kaske. Es braucht ein klares Bekenntnis der Betriebe, dass sie Gewalt nicht tolerieren – am besten, indem sie schriftliche Leitlinien mit dem Betriebsrat dazu unterzeichnen. vida bietet dafür eine Musterbetriebsvereinbarung an. Zusätzlich fordert vida mehr Prävention durch die Schulung der Beschäftigten und der Führungskräfte in Konfliktmanagement. Die besten Schulungen helfen freilich nichts, wenn es eine chronische Unterbesetzung gibt. Ausreichend Personal einzusetzen, ist eine Grundbedingung, um der Gewalt im Job wirksam vorzubeugen.

Gewerkschaft hilft. Der ÖGB hat seinen Berufsschutz für Mitglie-

der erweitert – neben einem Kostenersatz für fachliche Betreuung bei Mobbing umfasst der Berufsschutz nun auch einen Kostenersatz bis zu 200 Euro pro Jahr bei Inanspruchnahme von psychologischer oder rechtlicher Beratung wegen physischer Gewalt am Arbeitsplatz. Mit März startet vida für Gewerkschaftsmitglieder in Ostösterreich zudem eine psychosoziale Erstberatung. Auch Kurse für Konfliktmanagement bietet vida an – vorerst nur für BetriebsrätInnen, ein Seminarangebot für Gewerkschaftsmitglieder folgt in Kürze.

martina.fassler@vida.at

INFO

www.tatortarbeitsplatz.at

- Infos zum Hilfsangebot
- Berichte von Betroffenen
- Mehr zu den Forderungen von vida



Foto: Fotolia/Robert Krieschke



Erneut neue Leistungen

Trotz schwieriger Zeiten für die Sozialversicherungen kann die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB) ihre Leistungen erneut ausweiten.



Kommentar

ÖBB – Schluss mit der Hetzjagd

Die ÖVP hat aus der von ihr federführend mitbetriebenen ÖBB-„Deformation“ - auch als Murks-Reform aus dem Jahr 2003 bekannt - offensichtlich nichts gelernt. Ein unfähiges von Schwarz-Blau-Orange installiertes und mit verlustreichen Derivatgeschäften zu sehr beschäftigtes Management sowie eine fehlgeleitete Verkehrspolitik haben dazu ihr Übriges beigetragen. Nicht zuletzt die Improvisationsgaben und Eigeninitiativen vieler EisenbahnerInnen haben in diesen Jahren dafür gesorgt, dass das Unternehmen oft knapp am Chaos vorbeigeschrammt ist. Noch heute leiden Beschäftigte und Unternehmen an den negativen Folgen der so genannten ÖBB-„Reform“.

Hetzjagd. Als Dank dafür setzt die ÖVP seit einigen Monaten die Hetzjagd gegen uns EisenbahnerInnen und das Unternehmen ÖBB nach Kukacka'schem Vorbild aus den Jahren 2000 bis 2006 fort - allen voran der neue verbissene „EisenbahnerInnenjäger“, Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka, der seit einigen Monaten hartnäckig gegen Beschäftigte, Unternehmen, Betriebsrat und Gewerkschaft auftritt, um sie öffentlich herunterzumachen. Gerne bedient sich Lopatka dabei einer verfälschten Darstellung der Pensionsregelungen, um damit neuerlich einen gesetzlichen Eingriff in den Kollektivvertrag der EisenbahnerInnen anzustreben.

Privatisierungspläne. Daran hat sich aber schon die ehemalige schwarz-blaue Bundesregierung die Zähne ausgebissen. Die Entschlossenheit sowie der starke Zusammenhalt der EisenbahnerInnen und ihrer Gewerkschaft haben derartige Pläne 2003 schon

einmal zum Scheitern gebracht. Es liegt jedenfalls klar auf der Hand, dass die ÖVP damals wie heute nicht von ihrem Ziel, zumindest den ÖBB-Güterverkehr privatisieren zu wollen, ablassen hat. Nicht umsonst hat ÖVP-Verkehrssprecher Maier vorgeschlagen, die ÖBB der staatlichen Unternehmens-Verkaufs-Agentur ÖIAG zu unterstellen - die AUA und andere verscherbelte Unternehmen lassen unter Arbeitsplatzverlusten in Österreich jetzt aus dem Ausland grüßen.

Signal gegen Mobbing. Anders als 2003 haben wir EisenbahnerInnen heute aber mit Infrastrukturministerin Doris Bures eine Verbündete. Mit ihrer Anweisung an das ÖBB-Management, das durchschnittliche Pensionsantrittsalter von derzeit 52 Jahren jährlich um ein Jahr in Richtung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters anzuheben, hat die Ministerin ein eindeutiges Signal gegen die unter Schwarz-Blau geübte Praxis des Mobbens von Beschäftigten in die Pension aus nicht zuletzt die Bilanz trügerisch schönenden Gründen gesetzt.

Kampfmaßnahmen. Den ÖVP-Agitatoren muss klar sein, dass ein Anhalten der Hetzjagd früherer Jahre und auch nur der Versuch eines Eingriffs in den Kollektivvertrag der EisenbahnerInnen nicht nur zu veritablen politischen Problemen, sondern unweigerlich zu neuerlichen gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen führen würden.

wilhelm.haberzettl@vida.at
Vorsitzender
der Sektion Verkehr



Kinder bleiben von der Entrichtung der Behandlungsbeiträge befreit - und die Refundierung der Rezeptgebühren wird 2010 für VAEB-Versicherte ausgeweitet.

Foto: Fotolia/Dan Race

Ein effizienter Umgang mit den Beiträgen und das Vorantreiben von Vorsorge machen es uns möglich, auch heuer wieder neue Leistungen anzubieten, Projekte fortzusetzen und Befreiungen weiter aufrecht zu erhalten“, freut sich der Obmann der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB), Gottfried Winkler. So wurde für die Obergrenze der Behandlungsbeiträge nun auch Zahnersatz und Zahnbehandlungen einbezogen. Winkler: „Hiermit möchten wir soziale Schwächere unterstützen und ein sozial ausgewogenes System schaffen.“ Bereits mit 1. Jänner 2008 wurde eine Obergrenze der Rezeptgebühren eingeführt, die zwei Prozent des jährlichen Nettoeinkommens des Versicherten beträgt. Jene Versicherten, die die Rezeptgebührenobergrenze überschreiten, erhalten einen Teil der gezahlten Beiträge zurück. Für das Jahr 2008 wurden so mehr als 1,1 Millionen Euro an die

Versicherten refundiert. Neu ab 2010: Auch Behandlungsbeiträge für Zahnbehandlungen und Zahnersatz werden in die Refundierungsgrundlage einbezogen.

Ein-Euro-Projekt. Medikamente unterliegen einem Patentschutz, der zeitlich begrenzt ist. Nach Ablauf dieses Patentrechtes kommen qualitativ gleichwertige, aber kostengünstigere Nachfolgepräparate auf den Markt. Der Versicherte erhält als Anreiz dafür, dass er durch Nachfragen beim Arzt das Projekt unterstützt, je Packung einer qualitativ gleichwertigen, kostengünstigeren Verschreibung einen Euro als Vergütung über den Behandlungsbeitrag zurück. Ein in Österreich einmaliges Projekt, das bereits in seinem ersten Jahr 2009 sehr erfolgreich war. Dieses Projekt wird im Jahr 2010 nicht nur fortgesetzt sondern auf 5 weitere Medikamentengruppen ausgeweitet. Nachfragen lohnt sich!



Kinder befreit. Bereits im Jahr 1995 hat sich die VAEB dazu entschlossen, Kinder von der Entrichtung von Behandlungsbeiträgen zu befreien. Voraussetzung ist, dass Versicherte die monatliche Höchstbeitragsgrundlage im vorangegangenen Kalenderjahr nicht überschreiten. Diese Befreiung wurde über die Jahre hinweg immer wieder verlängert und wird auch für Leistungen, die Kinder im Jahr 2010 in Anspruch nehmen bestehen bleiben.

Zehn Euro erspart. Auch auf das Serviceentgelt für die E-Card von zehn Euro pro Jahr, das bei anderen Sozialversicherungsträgern eingehoben wird, verzichtet die VAEB. „Durch die konsequente Arbeit an Neuerungen und Projekten ist es uns trotz schwieriger Zeiten für die Sozialversicherungen möglich, diese Leistungen anzubieten. Darauf können wir zu Recht stolz sein“, so Winkler, der gleichzeitig noch innovative Projekte in Aussicht stellt. „Stillstand bedeutet Rückschritt. Das kann sich ein Sozialversicherungsträger im Auftrag seiner Versicherten nicht leisten.“

alice.wittig@vaeb.at

Schwarze Schafe auf der Straße

Lkw-Lenker sind oft tagelang ohne Ruhezeit unterwegs. Aber auch unter steirischen Autobusunternehmen gibt es schwarze Schafe.

Namens der Gewerkschaft vida haben wir gegen einen südsteirischen Autobusunternehmer bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen des Verdachts der Beweismittelfälschung erstattet“, erklärt Walter Pferschy, vida-Landessekretär in der Steiermark. Der Vorwurf lautet, so Pferschy, dass mittels gefälschter Bestätigungen, wie etwa manipulierte Urlaubsscheine, die Kontrolle von LenkerInnen in Bezug auf die gesetzlich höchstzulässigen Fahrzeiten unmöglich gemacht worden sei. „Ar-

beitgeber in der Transportbranche bedienen sich dieser Praxis, damit Fahrer theoretisch rund um die Uhr auf der Straße unterwegs sein können“, kritisiert der vida-Landessekretär.

Schwarzarbeit. Die Staatsanwaltschaft habe ihre Ermittlungen gegen das Busunternehmen bereits aufgenommen. Der Fall sei aber auch eine Angelegenheit für die Finanzbehörde. Diese habe den Autobusunternehmer bereits ins Auge gefasst. Schließlich bestehe der Verdacht, LenkerInnen schwarz be-



Sind BerufskraftfahrerInnen bis zu 24 Stunden ohne Ruhezeiten unterwegs, stellt das für alle VerkehrsteilnehmerInnen eine potenzielle Gefahr dar.

schäftigt zu haben – bereits im Oktober des Vorjahres sei eine Hausdurchsuchung veranlasst worden. Die beschlagnahmten Unterlagen würden derzeit von

der Finanz untersucht, erörtert Pferschy und betont: „Derartige Missbräuche gehören endlich abgestellt. BusfahrerInnen, die bis zu 24 Stunden ohne Ruhezeiten hinter dem Lenkrad sitzen müssen, stellen nicht nur für sich selbst und die Fahrgäste, sondern auch für alle anderen Verkehrsteilnehmer eine potenzielle Gefahr dar.“

Alarmstufe rot. „Es kommt leider immer wieder vor, dass wegen derartigen Vorfällen auf Österreichs Straßen Alarmstufe rot ausgerufen werden muss“, sagt dazu Georg Eberl, Bundessekretär der vida-Sektion Verkehr. BeamtenInnen seien oft fassungslos, wenn sie bei Routinekontrollen immer wieder feststellen müssten, dass Lkw-FahrerInnen tage-

lang unterwegs waren, ohne die gesetzliche Neun-Stunden-Ruhepause eingehalten zu haben.

Saftige Geldstrafen. Auch sei es gelegentlich schon vorgekommen, dass Lkw mit falschen Kennzeichen angehalten wurden. „Tragisch ist, dass dann bei Kontrollen oft auch FahrerInnen die Leidtragenden solcher illegalen unternehmerischen Praktiken sind, weil auch ihnen unter Umständen saftige Geldstrafen drohen“, gibt Eberl zu bedenken und betont: „An vermehrte Aufklärung der Fahrer sowie häufigeren und schärferen Kontrollen führt aber kein Weg vorbei, will man die Zustände in der Branche und auf der Straße verbessern.“

hansjoerg.miethling@vida.at

Solidarisch mit den französischen KollegInnen

vida und die Beschäftigten der Austro Control unterstützen den Protest in Frankreich gegen die Zusammenlegung der Flugverkehrskontrollzentralen.

Die französischen Gewerkschaften der Beschäftigten in der Flugsicherung protestieren gegen den Plan des französischen

Verkehrsministeriums, die Flugverkehrskontrollzentralen in Frankreich, Deutschland und der Schweiz zusammenzulegen und verlangen, dass dieser Plan fallen gelassen wird. Aus diesem Anlass haben sie von 23. bis 26. Februar einen Warnstreik abgehalten, der von den österreichischen FluglotsInnen und dem vida-Berufsgruppenausschuss Flugsicherung solidarisch und inhaltlich unterstützt wurde.

Hintergründe. „Derartige Bestrebungen sind vollkommen unnötig, sie bringen keinerlei

Vorteile für die Sicherheit der Luftfahrt und senken die Kosten nicht“, erklärt vida-Berufsgruppenausschussvorsitzender und Austro Control-Betriebsratsvorsitzender Norbert Payr die Hintergründe. In Österreich habe es bereits ein ähnliches Projekt namens CEATS gegeben, wobei die Flugsicherungskontrollzentralen von Österreich, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Italien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina und Kroatien in Österreich zusammengelegt hätten werden sollen, was letztlich aber als undurchführbar gescheitert ist.



Statt die Flugverkehrskontrollzentralen an einem Standort zusammenzulegen, sollte die Technik für eine bessere virtuelle Zusammenarbeit genutzt werden, meinen die Gewerkschaften.

ETF-Virtual Centre Concept. Konkret wären die französischen FluglotsInnen von der Zusammenlegung der Standorte Reims, Genf, Zürich und München zu einer Flugsicherungszentrale in der Schweiz betroffen. Dieser Schritt sei „vollkommen unverständlich“, meint Payr, zumal die Europäische Transportarbeiter Föderation (ETF) ohnehin das „Virtual Centre Concept“ entwickelt habe. Die Vorteile dieses Modells seien, dass die Kontrollzentralen in den Ländern technisch und betrieblich so weit miteinander verbunden werden, dass sie trotz geografischer Trennung wie ein zentraler

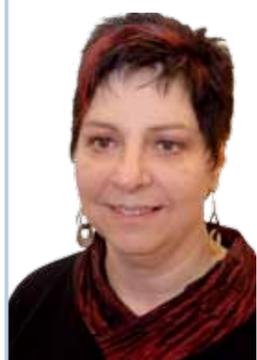
Standort funktionieren würden, so der Gewerkschafter.

Positive Effekte. „Die positiven Effekte bezüglich Kapazität, Kosten, Sicherheit und Reduktion der Treibhausgase könnten somit zu 100 Prozent ausgeschöpft werden. Die schwerwiegenden negativen sozialen Auswirkungen und die betrieblichen Gefahren, die eine Zusammenlegung der einzelnen Standorte samt Beschäftigten mit sich brächten, würden entfallen“, erörtert Payr das von der ArbeitnehmerInnenseite favorisierte ETF-Konzept.

hansjoerg.miethling@vida.at

PROFITIPP

Für die Sicherheit unserer Kinder.



Elisabeth Vondrasek
Vorsitzende
der vida-Frauen

Die Novelle zur Kraftfahrzeuggesetz-Durchführungsverordnung bringt auch wichtige Verbesserungen in den Bereichen Kindersicherung. So wird der Verkauf von Kindersitzen, die nicht der aktuellsten Prüfnorm entsprechen, verboten und auch der Handel von gebrauchten Sitzen durch Privatpersonen eingeschränkt

Verkaufsverbot. Sehr gefährlich ist vor allem die Verwendung von alten Kindersitzen. Um eine Zulassung zu erhalten muss das ECE-Prüfzeichen auf jedem Kindersitz angebracht sein. Mit 02 oder gar 01 beginnende Nummern bezeichnen veraltete Sitzmodelle, die nicht mehr verwendet werden dürfen. Kindersitze, die mit der Prüfnummer 03 oder 04 beginnen, dürfen weiterhin in Gebrauch bleiben. Vom Verkaufsverbot betroffen sind neben dem Handel auch PrivatverkäuferInnen, die Kindersitze der Norm 44/03 oder älter an eine größere Personengruppe anbieten. Das betrifft daher u. a. Privatannoncen, Internetmarktplätze (wie etwa eBay), aber auch beispielsweise Secondhand-Läden und Flohmärkte. Als erstes Land in Europa dürfen in Österreich nur mehr Kindersitze mit der Norm 44/04 verkauft werden. Nähere Informationen: www.arboe.at bzw. www.bmvit.gv.at

INFO

Termin

ÖBB-Infrastruktur AG/Teilbetrieb T-KS vertreten durch ÖBB-IKT GmbH, vormals Fernlestreckenenleitung Wien, ESV – Telegraphia – findet die **Jahreshauptversammlung** am Donnerstag, 15. April 2010, 14 Uhr, in 1100 Wien, Laxenburger Straße 4, Speisesaal, 2. Stock, statt, zu der alle PensionistInnen und Aktive herzlich eingeladen sind.

„Gesundheitssystem stärker über Steuern finanzieren“



Foto: List/Gradnitzer

Kommentar

Von Marmorbädern und fairen Löhnen

Öffentlich oder Privat versus Öffentlich und Privat. Oberflächlich betrachtet schien diese Debatte beim Zweiten Österreichischen Gesundheitswirtschaftskongress, der kürzlich in Wien stattfand, entschieden: Zuzunehmen der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Anbietern. Doch natürlich gibt es Interessensgegensätze zwischen dem staatlich organisierten Gesundheitssystem und gewinnorientierten Privatspitälern – im Laufe des Kongresses wurden diese schließlich auch thematisiert.

Privat – ja, aber. Die gewinnorientierten Privaten machten kein Geheimnis daraus, dass sie gern mehr am „Kuchen“ der Gesundheitswirtschaft mitnachen wollen und dafür mehr Mittel der öffentlichen Hand beanspruchen. Ihr Hauptargument: „Wir sind effizienter.“ „Äpfel kann man nicht mit Birnen vergleichen“, lautete die Antwort derer, die das öffentliche System der Gesundheitsversorgung managen. Denn das öffentliche Gesundheitssystem hat einen Versorgungsauftrag – kann daher nicht „kostenaufwändige“ PatientInnen ablehnen und muss eine Vorratshaltung betreiben – also einen gewissen Anteil an Akutbetten für Notfälle parat halten.

Gegen „Kranksparen“. Die Krise als Vorwand zu verwenden, um im öffentlichen Gesundheitssystem massiv einzusparen, wie das Vertreter der Wirtschaftskammer fordern, wäre jedenfalls der falsche Ansatz. „Ja zu Effizienzsteigerungen, Nein zum Niedersparen unseres Gesundheitssystems“, meinte ein Vertreter der Krankenkassen. Gleichzeitig sprachen sich auch die Entschei-

dungsträgerInnen des öffentlichen Systems für Kooperationen mit den privaten Betreibern aus. „Dort, wo es aus unserer Sicht sinnvoll ist, zum Beispiel weil ein Leistungsangebot neu aufgebaut werden muss“, führte ein Manager aus dem öffentlichen Bereich aus.

Was kostet Qualität? Die Vertreter der gewinnorientierten privaten Betreiber wiesen beim Kongress mehrfach auf die Wichtigkeit der guten Qualität der Betreuung in ihren Häusern hin. Julian Hadschieff, Obmann des Fachverbands der privaten Krankenanstalten und Kurbetriebe, formulierte das so: „Dem Patient ist die persönliche gute Betreuung wichtiger als das Marmorbad. Wir müssen daher tunlichst ins Personal investieren.“ Schön, das zu hören. Den Worten müssen Taten folgen.

Lohnniveau. Denn die Beschäftigten in den Privatkrankeanstalten sind alles andere als SpitzenverdienerInnen und für die privaten Rehabzentren gibt es bisher gar keinen Kollektivvertrag, weil die Arbeitgeberseite ein faires Lohnschema verweigert. Die Beschäftigten im Gesundheitssektor verdienen rund ein Fünftel weniger als der Durchschnitt der ArbeitnehmerInnen in Österreich. Gute Qualität hat ihren Preis – was die Privatspitäler bei der Abrechnung ihrer Leistung einfordern, das muss auch für die Bezahlung ihrer Beschäftigten gelten.

willibald.steinkellner@vida.at
Vorsitzender der Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe

vida hat die neue Obfrau der Wiener Gebietskrankenkasse, Ingrid Reischl, zur finanziellen Lage und zur Zukunft der Krankenkassen befragt.

vida: Dank des Kassensanierungspaketes erhalten die Krankenkassen heuer hundert Millionen aus dem neuen Kassenstrukturfonds. Im Gegenzug müssen sie Kostendämpfungen in Höhe von 197 Millionen Euro nachweisen. Wo setzt die Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK) an, um ihren Teil der Einsparungen zu erreichen? Müssen die Versicherten Leistungskürzungen befürchten?

I. Reischl: Eines gleich vorweg: Ich habe sicher nicht vor, Leistungen für die Versicherten zu streichen. Die Kostendämpfung soll bei den sogenannten Systempartnern erfolgen. Hier geht es darum, die sechs Finanzziele zu erreichen.

vida: Welche Folgen hat das Sanierungspaket für die Beschäftigten der Sozialversicherung und welche für die Rettungs- und Krankentransporte, die im Auftrag der Kassen ihre Tätigkeit durchführen?

I. Reischl: Die Beschäftigten der Sozialversicherung leisten bereits seit Jahren einen deutlichen Beitrag zur Finanzkonsolidierung im Gesundheitswesen: Es wurden mit immer weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer mehr und neue Aufgaben erfüllt. Das hat dazu beigetragen, dass die Verwaltungskostenquote kontinuierlich gesenkt werden konnte. In der WGKK liegt sie bei nur 2,2 Prozent gemessen am Gesamtaufwand. Ich bin daher da-

gegen, die Konsolidierungslast wieder nur bei den KollegInnen in den SV-Trägern abladen zu wollen. Ein Finanzziel betrifft auch die Transportkosten. Mit den Rettungs- und Krankentransportorganisationen sind wir in guten Gesprächen und ich habe darauf gedrängt, dass die Betriebsräte auch entsprechend eingebunden sind.

vida: Das Kassensanierungspaket hat zum Ziel, dass die Kassen bis 2013 eine ausgeglichene Bilanz erreichen. Ist das ein realistisches Ziel?

I. Reischl: Den Auftrag der Politik, bis 2013 ausgeglichen zu bilanzieren, werden wir nicht so leicht erfüllen können. Ich bemühe mich aber in zweifacher Hinsicht, die finanzielle Lage der WGKK zu verbessern: Erstens muss die Aufwandsdämpfung weitergeführt werden. Zweitens geht es um eine nachhaltige Finanzierung, die mit dem Kassenpaket 2009 bestfalls begonnen hat, aber sicher noch nicht abgeschlossen ist.

vida: Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht für eine finanzielle Absicherung unseres Gesundheitssystems nötig?

I. Reischl: Das Gesundheitssystem ist nicht über Leistungskürzungen und Einsparungen zu konsolidieren. Es bedarf einer Reform der Einnahmenbasis. Deshalb plädiere ich für eine stärker steuerfinanzierte Schiene. Konkret sollten jene Bereiche steuerfinanziert werden, die



Ingrid Reischl

Foto: Scheidl

keine Krankenversicherungsaufgaben im engeren Sinn sind – wie das Wochengeld. Der beitragsfinanzierte Teil müsste jedenfalls in Richtung einer Entlastung des Faktors Arbeit weiterentwickelt werden.

vida: Der deutsche Zukunftsforscher Erik Händeler meint, unsere Gesundheitssysteme seien nicht mehr leistbar, weil wir viel Geld in die Krankheitsreparatur stecken, aber zu wenig in Prävention. Gibt es Pläne, die Gesundheitsvorsorge zu verstärken?

I. Reischl: Die WGKK bietet bei der Prävention ein breites Spektrum von der betrieblichen bis zur schulischen Gesundheitsförderung an. Dann gibt es natürlich noch die Vorsorgeuntersuchung – und damit in Verbindung das relativ neue Programm „Bewegt Gesund“ – sozusagen die Bewegung auf Krankenschein in Absprache mit dem behandelnden Arzt.

ZUR PERSON

Ingrid Reischl wurde am 24. Dezember 1958 in Wien geboren. Die berufliche Laufbahn begann sie 1977 als Erzieherin. Nach dem Studium an der Uni Wien (Hauptfach: Politikwissenschaften), wechselte sie 1990 in die Gewerkschaft der Privatangestellten. Reischl ist aktuell auch Vorsitzende der Trägerkonferenz des Hauptverbandes.

KV Barometer

- ✓ **KV Diakonie.** Die Löhne und Gehälter steigen mit 1. Februar um 1,5%. Die Zulagen, Zuschläge und Lehrlingsentschädigungen steigen ebenfalls um 1,5%, ebenso die Entgeltbestimmungen der ArbeitnehmerInnen, die nicht in den Diakonie-KV optiert haben. (Ausnahme Kärnten, hier steigen die „alten“ Tafeln um 0,5%).
- ✓ **KV SOS-Kinderdöfer.** Die KV- und die Ist-Löhne steigen mit 1. Februar um 1,5%. Die Eingetragene Partnerschaft wird bei der Gewährung von freien Tagen wie eine Eheschließung behandelt.
- ✓ **KV Caritas.** Die KV-Löhne und Gehälter wurden mit 1. Februar um

Fixbeträge erhöht, sie steigen im Durchschnitt um 1,5%. Gleichzeitig konnten die Berufsgruppen des Sozialbetreuungsberufegesetzes in das Verwendungsgruppenschema integriert werden.

- ✓ **KV FriseurInnen.** Die Löhne steigen mit 1. März um 1,3%.
- ✓ **KV Diakonissen-Krankenhäuser.** Die Löhne und Gehälter steigen mit 1. Februar um 1,25%.
- ✓ **KV Österr. Rotes Kreuz.** Die nächste Verhandlungsrunde, speziell für die Beschäftigten des Wiener Roten Kreuzes, findet am 19. März statt.

Überforderung bis zum **Burnout**

AK-Experte Alexander Kaba über die Überstundenproblematik und Mängel bei der Dienstplangestaltung in den Spitälern.

Wenn man aus arbeitswissenschaftlicher Sicht die Tätigkeit von Pflege- und Betreuungsberufen betrachtet, wird man mit Gesundheitsgefährdungen konfrontiert:

- Die Dienstleistung ist eine Leistung, die die Beschäftigten in den Intimbereich der KlientInnen bzw. PatientInnen hineinführt. Die psychische Belastung durch die unmittelbare Betroffenheit wird damit sofort deutlich.
- Die körperliche Belastung durch Heben und Tragen übersteigt bei weitem alle anderen Berufe. Während z.B. die Grenzlaster für Frauen bei 20 kg und bei Männern bei 40 kg liegen, muss bei der Mobilisierung von PatientInnen oder KlientInnen mit weit höheren Lasten gerechnet werden.
- Durch die Priorität der Bedürfnisse der PatientInnen bzw. KlientInnen werden die eigenen Bedürfnisse zurückgestellt. Dies macht anfällig für die eigene Überforderung bis hin zum Burnout.



Arbeitszeit muss fairteilt werden. Viele Studien belegen diese Problematik: In der NEXT-Studie (Nurses' early exit study) wurden die Gründe für die kurzzeitige Verweildauer in den Pflegeberufen erhoben.

Viele Überstunden. In einer Studie der AKNÖ wurde festgestellt, dass die Belastung durch regelmäßige Überstunden (24% in Gesundheitsberufen) weit über dem Durchschnitt im Vergleich mit anderen Berufen

liegt. Weiters wurde erhoben, dass 50% der Befragten meinen, die Arbeitszeit wäre familienfeindlich.

Angst und Wut. Eine weitere Studie belegt, dass bei einer Arbeitszeit von mehr als 50 Stunden mehr Angst, Wut, Stress und Depression sowie ungesundes Verhalten, wie erhöhter Alkoholkonsum und Rauchen verstärkt auftritt. Das hat Aus-

wirkungen in den „Frühpensionierungen“ (Invaliditätspensionen): Bei Frauen ist der Hauptgrund in psychischen Erkrankungen zu sehen, gefolgt von Erkrankungen des Bewegungs- und Stützapparates.

Dienstplanaufsicht: Aufgabe der Pflegedirektion. Die Dienstleistung an Menschen erfordert einen lückenlosen Dienstplan. Diese Führungsaufgabe wird häufig unter dem Vorwand der (Schein-)Mitbestimmung an das Team delegiert. Aus dieser falsch verstandenen „Demokratisierung“ entstehen nicht nur konkrete Konflikte, sondern oft auch Mobbing: Die schwächste Person im Team ist dann an allem schuld und an ihr wird die Aggression entladen.

Psychohygiene notwendig. Verantwortungsvolle Führung schließt auch die Personalpflege und Personalentwicklung ein. Die notwendigen Instrumente dazu sind Coaching und Supervision. Beides wird oft angeboten, aber mangels Qualitätskontrolle schlecht gemacht und nicht angenommen.

Kursangebot. Die Sicherheits- und Gesundheitsakademie der AKNÖ bietet sowohl Führungskräftebildungen z.B. für Stationsleitungen an, als auch ein Seminar an, bei dem man „Coa-

ching und Supervision“ nicht nur erleben kann, sondern auch gleichzeitig den Prozess kennen lernen kann, sodass die TeilnehmerInnen dann selbst die Qualität der Angebote beurteilen können.

Dr. Alexander Kaba
alexander.kaba@aknoe.at
Klinischer und Gesundheitspsychologe, Arbeitspsychologe
AKNÖ

KURZ NOTIERT

ARGE Gesundheitsberufe OÖ

Als erste ÖGB-Landesorganisation gründete der ÖGB Oberösterreich am 21. Jänner 2010 in Linz eine gewerkschaftsübergreifende „ARGE Gesundheitsberufe“, in der alle ArbeitnehmerInnen aus dem Gesundheitswesen gemeinsam ihre Interessen vertreten. Sprecher der ARGE ist Branko Novakovic, Betriebsratsvorsitzender im AKH Linz. „Dem Pflegepersonal werden immer neue administrative Aufgaben zugemutet. Die psychischen und physischen Belastungen im Gesundheits- und Sozialwesen müssen dringend evaluiert werden“, verlangt der ARGE-Sprecher.

Betriebliches Gesundheitsförderung

GewerkschafterInnen aus Polen, Tschechien, Deutschland und Österreich machen im Rahmen eines Interregionalen Gesundheitsnetzwerkes die Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) im Krankenhaussektor zum Thema. Obwohl BGF eine wichtige Strategie zur Gesunderhaltung der MitarbeiterInnen ist, kommt sie in vielen Krankenhäusern zu kurz. Das Netzwerk plant eine länderübergreifende Studie über das „betriebliche Gesundheitswesen“. Bei einem Treffen im Februar in Bautzen (Deutschland) präsentierte die Studienleiterin, Katerina Ivanova von der Uni in Olmütz, Tschechien, den Studienaufbau. Geplant ist unter anderem eine Fragebogenerhebung in Spitälern der vier beteiligten Länder. Mehr zum Thema BGF findet sich auch im EU-Leitfaden „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit im Gesundheitswesen“, der unter www.soziales-gesundheit.vida.at als Download zur Verfügung steht.

Wiener Rotes Kreuz

Beschäftigte fordern faire Lohnerhöhung

Geschäftsleitung hat bislang für 2010 kein Angebot vorgelegt.

An die hundert hauptamtliche MitarbeiterInnen kamen am Nachmittag des 11. Februar zur Betriebsversammlung beim Wiener Roten Kreuz. Der Anlass: Die Geschäftsleitung war bei der Kollektivvertragsverhandlung am 27. Jänner zu keinerlei Lohnerhöhung für 2010 bereit. „Wir sind nicht mehr gewillt, uns ständig vertrösten zu lassen. Wir fordern faire Verhandlungen“, stellte Wolfgang Hruza, Betriebsrats-Vorsitzender Rettungstransporte, klar. Eva Pinks, die als Betriebsrätin die Beschäftigten aus dem Bereich der mobilen Dienste ver-

tritt, fügte hinzu: „Die Beschäftigten von Volkshilfe, Hilfswerk und vielen anderen Organisationen, die dieselbe Arbeit wie unsere MitarbeiterInnen verrichten, haben für heuer eine Lohnerhöhung von 1,5 Prozent erhalten und für die niedrigsten Lohngruppen einen Mindestbetrag von 24 Euro. Das ist im BAGS-Kollektivvertrag so geregelt. Auch für die Beschäftigten beim Roten Kreuz muss eine Lohnerhöhung in mindestens diesem Ausmaß erfolgen.“

Warten nicht mehr lange. „Beim Billa gibt es nicht zwei Preistafeln für die Ware - eines für jene, die eine Lohnerhöhung bekommen haben und eines für jene, die keine erhalten. Die MitarbeiterInnen des Wiener Roten Kreuzes müssen die Prei-

se fürs Essen, für die Miete und ihre Lebenshaltungskosten zahlen und warten jetzt schon das zweite Monat auf eine Lohnerhöhung für das heurige Jahr. Lange warten wir nicht mehr!“, stellte der Verhandlungsführer der ArbeitnehmerInnen, Anton Kalidz, klar.

Ausnahmefall Wien. In allen anderen Bundesländern sieht der Kollektivvertrag des Roten Kreuzes eine Gehaltsautomatik vor. Die Löhne und Gehälter steigen damit analog zu den Lohnerhöhungen in ähnlichen Bereichen. „Wir fordern, dass diese Automatik auch für das Wiener Rote Kreuz eingeführt wird“, verlangte Kalidz.



„Auf dem Briefpapier ist vom Dienst am Menschen die Rede. Diese

Menschlichkeit muss auch bei der Bezahlung der Beschäftigten gelten“, stellten Anton Lidlbauer, gpa-djp und Michaela Guglberger von der Gewerkschaft vida klar. Auch die Beschäftigten, die zu der Betriebsversammlung gekommen waren, sahen das so. Sie unterzeichneten eine Petition an die Arbeitgeber für Menschlichkeit in Form einer fairen Lohn- und Gehaltserhöhung. Am 19. März findet die nächste Verhandlungsrunde statt.

martina.fassler@vida.at

Super-Package für die Sicherheit



Foto: Lisí Gradnitzer

Kommentar

Gemeinsam statt einsam

Die Wiener Volksbefragung hat klar ergeben: Mehr als drei Viertel aller WienerInnen wollen die „gute Seele“ im Haus, den oder die HausbesorgerIn, zurück bzw. wünschen sich zumindest die Wahlmöglichkeit. Der Ball liegt nun beim Sozialministerium, das derzeit einen Entwurf für ein bundeseinheitliches Gesetz ausarbeitet.

Bedürfnisse. Die Wahlfreiheit ist einer der Aspekte, die für die Gewerkschaft vida besonders wichtig sind. MieterInnen, EigentümerInnen und Genossenschaften sollen selbst entscheiden können, ob sie HausbesorgerInnen, HausbetreuerInnen oder eine Reinigungsfirma einsetzen möchten. Denn je nach Größe der Anlage, Mieterstruktur und Eigentümerverhältnissen sind die Bedürfnisse höchst unterschiedlich.

Arbeitsplätze. Und eines steht auch fest, es wird kein Verdrän-

gungswettbewerb stattfinden. Im Gegenteil: Aus unserer Sicht wird es sogar zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen HausbetreuerInnen und HausbesorgerInnen wie auch Reinigungsfirmen kommen. Die Arbeitsplätze sind gesichert.

Vertretung. Grob gerechnet garantieren allein 50 ständig beschäftigte HausbesorgerInnen durch ihren gesetzlichen Urlaubsanspruch eine fixe Beschäftigung von weiteren 5 Arbeitsplätzen pro Jahr. Dazu kommen noch weitere Arbeitsplätze, die sich durch die Auslagerung von Tätigkeiten ergeben, wie beispielsweise die Schwimmbad- und Saunabetreuung, die Grünpflege bei großen Anlagen sowie viele weitere, die arbeitszeitmäßig nicht durch eine 40-Stunden-Beschäftigung gewährleistet werden können.

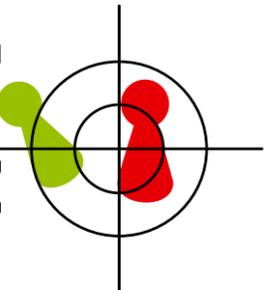
renate.lehner@vida.at
Bundessektionssekretärin der Sektion Private Dienstleistungen

Best-Practice-Modell auf Initiative des Betriebsrats geschaffen: KontrolleureInnen der Grazer und Linzer Verkehrsbetriebe erhalten Rechtsschutz bei ihrer Tätigkeit.

Beschäftigte im privaten Sicherheitsgewerbe sind einem hohen Risiko ausgesetzt. So etwa die FahrscheinkontrolleurInnen der Grazer Verkehrsbetriebe, die MitarbeiterInnen der Securitas sind. Betriebsratsvorsitzende Manuela Jauk berichtet von Beschimpfungen, die auf der Tagesordnung stehen, und vermehrt auch tätlichen Angriffen gegenüber dem Sicherheitspersonal. Bei derartigen Vorfällen wie auch bei ungerechtfertigten Vorwürfen von Passagieren standen die MitarbeiterInnen bis dato allein da.

Hohe Kosten. Wer keinen privaten Rechtsschutz abgeschlossen hatte, blieb auf der Strecke und musste sich selbst um Rechtsbeistand kümmern. Was mit hohen finanziellen Kosten bei oft langwierigen Verfahren verbunden war. So gab es etwa den Fall einer Kontrolleurin in Graz, die im Dienst von einem Jugendlichen mit einem Stein beworfen und an der Schläfe getroffen wurde. Einen automatischen Rechtsschutz für die Beschäftigten durch den Arbeitgeber oder auch nur eine Anlaufstelle für

TATORT ARBEITSPLATZ



rechtliche Erstauskünfte gab es bis dato nicht.

Schadenersatz. Werden strafrechtliche Verfahren eingestellt, dann besteht zwar die Möglichkeit zivilrechtlich auf Schadenersatz zu klagen, doch wieder bedarf es eines kostspieligen Rechtsbeistands. Hürden, die es den Beschäftigten erschweren, zu ihrem Recht zu kommen. Mit einer privaten Versicherung hat die engagierte Securitas-Betriebsrätin ein Rechtsschutzpaket ausgearbeitet, und nach einiger Überzeugungsarbeit konnte auch die Geschäftsführung ins Boot geholt werden.

Best-Practice. Dieses Paket wurde vorerst auf zwei Jahre abgeschlossen und kommt derzeit rund 70 Securitas-Beschäftigten zu Gute, die als KontrolleurInnen bei den Grazer und Linzer Verkehrsbetrieben ihren Dienst versehen. Die Kosten dafür trägt zur Gänze das Unternehmen, es fällt kein Selbstbehalt für die Versicherten an. „Auf Initiative des Betriebsrats hat Securitas ein Best-Practice-Modell geschaffen, das als Vorbild für alle Sicherheitsunternehmen dienen kann“, so vida-Bundesfachgruppensekretär Jakob Grumbach, der rechtlichen Schutz bei der Arbeit für alle Beschäftigten dieser Branche einmahnt.

Super-Package. Im Paket ist neben einer Rechtsschutzversiche-

rung für Arbeitsunfälle, einer Straf- und Betriebsrechtsschutzversicherung auch eine Verdienstentgeltversicherung für länger dauernde Krankenstände vorgesehen. Abgedeckt ist auch der Sozialversicherungsrechtsschutz: „Wenn etwa im Krankenhaus ein Raufhandel attestiert wird, steht eine mögliche Eigenschuld im Raum und der Akt geht direkt an die Staatsanwaltschaft. Dort kann er viele Monate liegen, bevor es zu einem Abschluss kommt, während dem oder der betroffenen ArbeitnehmerIn in der Zwischenzeit von der Gebietskrankenkasse das Krankentgelt gesperrt wird“, erklärt Jauk.

KV-Bestimmung. Basis für den Vorstoß des Betriebsrats ist eine Bestimmung im Kollektivvertrag (KV) für das Bewachungsgewerbe, in der die Unternehmen aufgefordert werden, auf betrieblicher Ebene einen Ausgleich für die Gefahren im Fahrscheinkontrolldienst und anderen Teilbereichen auszuarbeiten. „Securitas ist das erste Unternehmen der Branche, das diese Bestimmung auch erfüllt, dafür haben wir uns zwei Jahre lang eingesetzt“, freut sich Jauk und weiter: „Damit sind die Beschäftigten nun mehrfach abgesichert. Straf- und zivilrechtlich sowie im Anlassfall finanziell durch das ausverhandelte Rechtsschutzpackage, arbeitsrechtlich wie bisher durch eine Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft.“

ines.schmied@vida.at

KV Barometer

- ✓ **KV für ArbeiterInnen in Garagen- und Tankstellenunternehmen.** Die Kollektivvertragslöhne erhöhen sich mit Wirksamkeit 1. Februar 2010 um 1,5 Prozent. Weitere Eckpunkte des KV-Verhandlungsergebnisses: Mit der Monatsabrechnung für Februar 2010 erfolgt eine Einmalzahlung in der Höhe von 15 Euro. Der Durchrechnungszeitraum wird vom Quartal auf jeweils 13 Wochen umgestellt. Die tägliche Normalarbeitszeit kann bis zu 9 Stunden betragen. Die Laufzeit des KV-Abschlusses beträgt 11 Monate.
- ✓ **KV für SchädlingsbekämpferInnen.** Die Löhne von ArbeiterInnen, FacharbeiterInnen und die Lehrlingsentschädigungen steigen um 1,5 Prozent. ArbeiterInnen bekommen ab 1. März 2010 einen Stundenlohn von 7,45 Euro, FacharbeiterInnen 9,21 Euro. Die Trennungszulage bleibt unverändert bei 13 Euro. Der KV gilt für zwölf Monate.
- ✓ **BV Wiener Stadthalle.** Die Ist-Löhne der ArbeiterInnen steigen rückwirkend mit 1. Jänner 2010 um 1 Prozent, mindestens jedoch um 21 Euro. Auch die Treueprämien werden um 1 Prozent erhöht. Der Abschluss gilt für 12 Monate.

PROFITIPP

Arbeitskräfteüberlassung im Dienstleistungsbereich.



Michael Haim
Sekretär der vida-Bundesfachgruppe
Reinigung, Wartung

Überlassene ArbeitnehmerInnen müssen vor jedem Einsatz eine „Überlassungsmitteilung“ erhalten. Diese muss im Vorhinein mündlich erfolgen, schriftlich bestätigt werden und Folgendes enthalten: bei welchem Unternehmen der Einsatz erfolgt und auf welche voraussichtliche Dauer, wie viele Wochenstunden zu arbeiten sein wird, das Entgelt sowie die Art der Tätigkeit.

Einstufung. Das Einsatz-Entgelt darf nicht niedriger sein, als für vergleichbare ArbeitnehmerInnen im Kollektivvertrag des Beschäftigers vorgesehen ist. Sehr häufig werden ArbeitnehmerInnen in einer niedrigeren, weil billigeren Lohngruppe eingestuft. Wichtig ist auch die rechtskonforme Gestaltung der Arbeitsverträge. Oft wissen Beschäftigte gar nicht, dass sie überlassen werden. Wir prüfen Ihren Vertrag.

Kontakt (Überlassung oder Reinigung in Hotels):
Michael Haim: Tel: 01/53 444 79-672
E-Mail: michael.haim@vida.at

„Ich bin für meine Leute da“

Viel zu tun für den Betriebsrat, denn in der Wiener Stadthalle wird gespart: Den MitarbeiterInnen werden die Stunden gekürzt. Stammpersonal muss LeiharbeiterInnen weichen.

Heute kommt der große Schlagerstar Semino Rossi, morgen gibt es einen Trödlermarkt und übermorgen steht das Kultmusical ABBA am Programm. Parallel dazu findet auch noch das große chinesische Neujahrskonzert statt - ein typisches Veranstaltungswochenende in der Wiener Stadthalle. Das bedeutet viel Arbeit für das Team hinter der Bühne: Da wird aufgebaut, abgebaut, dekoriert und die Technik probiert, damit beim Auftritt der KünstlerInnen alles klappt. Ein Knochenjob - regelmäßig am Wochenende und bis spät in die Nacht.

Betriebsrat. Josef Weissenburger ist seit 34 Jahren bei der Wiener Stadthalle beschäftigt. Seit 2001 ist er auch Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrats und in dieser Funktion Mitglied des Aufsichtsrats. Zum Unternehmen gehören insgesamt sechs

Betriebsstätten, neben der Wiener Stadthalle und dem Stadthallenbad auch das Stadionbad, das Ernst-Happel-, das Ferry Dusika und das Hanappi-Stadion. Früher waren es mit der Kurhalle Oberlaa, der Szene Wien und anderen noch 13 Betriebsstätten. Rund ein Drittel der Beschäftigten sind ArbeiterInnen, zwei Drittel Angestellte.

Team. So vielfältig das Unternehmen ist, so ist es auch das Team und Aufgabengebiet der Hallenarbeiter, Platzarbeiter, Bademeister, BadehelferInnen und BedienerInnen. Schlosser, Elektriker, Tischler und viele Lehrberufe mehr finden sich in den Lebensläufen. Weissenburger selbst ist eigentlich gelernter Fleischhauer. Doch: „Das Stammpersonal, vor allem bei den ArbeiterInnen, geht seit Jahren zurück und der Trend hält an“, bedauert Weissenburger.

Das Unternehmen beschäftigt verstärkt LeiharbeiterInnen.

Entlohnung. In Zeiten von Sparmaßnahmen und verordneten Stundenkürzungen sei der Verdienst das größte Problem: „Unser Grundgehalt ist niedrig, die Kollegen und Kolleginnen sind auf Überstunden und Zulagen angewiesen“, erklärt der engagierte Betriebsrat, der immer ein offenes Ohr für die Sorgen der Beschäftigten hat. Sein Ziel sei es daher, vor allem die unteren Einkommen anzuheben. „Die Leute arbeiten Tag und Nacht, das sollen sie auch fair entlohnt bekommen“, meint der Betriebsrat. Ab 20 Uhr steht den MitarbeiterInnen zur Zeit die Nachtzulage zu, bei Veranstaltungen ab 21 Uhr. Diese Regelung möchte die Geschäftsführung nun auf 23.30 Uhr ausweiten. „Hier ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Da bin ich sehr dagegen“, so Weissenburger.

Viel erreicht. Die Identifikation mit dem Unternehmen ist nach 34 Jahren sehr groß: „Ich stehe ganz klar für die Firma ein.“ Und der Betriebsrat er-



Betriebsrat Josef Weissenburger ist ein „Urgestein“ in der Wiener Stadthalle

laubt sich augenzwinkernd einen Nachsatz: „Aber noch mehr für die Leute!“ In seiner Funktion als Betriebsrat hat Weissenburger bereits vieles erreicht: Ein Beispiel dafür sind etwa die getrennten Aufenthaltsräume für männliche und weibliche Beschäftigte mit Küche, Sitzgelegenheit, Fernseher, Garderobe und freiem Internetzugang. Zweimal die Woche ist auf Initiative des ArbeitnehmerInnenvertreters eine Betriebsärztin im Haus, und es gibt in den Automaten Gratis-Getränke für die MitarbeiterInnen.

Starfaktor. Sein Job ist für Weissenburger ein Traumjob,

wie er zugibt, und er schwelgt in Erinnerungen: „Früher hatten wir mehr Kontakt mit den Stars, heute sind sie sehr abgeschirmt.“ Persönlich getroffen habe er etwa Hansi Hinterseer, Falco, die Jazz-Gitti, Drahida-waberl oder Thomas Muster, der in der Stadthalle Tennis spielte. Oft wurden die Hallenarbeiter sogar zu kleinen Komparsenrollen verpflichtet. „Ich habe zum Beispiel bei Aida mitgewirkt und bei Artisten, Tiere, Attraktionen eine eigene Clown-Nummer übernommen“, erinnert sich der Betriebsrat.

ines.schmied@vida.at

Tourismus

Schwerer Stand für Pflicht-PraktikantInnen

Praktikumsplatz dringend gesucht! Immer öfter vergeblich: Viele Arbeitgeber wollen sich keine PraktikantInnen leisten.

TourismusfachschülerInnen wie auch viele andere müssen für ihre Ausbildung ein Praktikum absolvieren. Einen Praktikumsplatz zu finden, der noch dazu fair entlohnt wird und den SchülerInnen auch wirklich Praxis erlaubt, ist gar nicht so leicht zu finden.

Forderung. „Was es daher braucht, ist ein Pflicht-Prakti-



Ohne Praxis kein Abschluss und kein Job. Ein Praktikum zu absolvieren, ist bei vielen Ausbildungen verpflichtend.

ka-Gesetz, das festschreibt, dass Betriebe mit mehr als 25 MitarbeiterInnen einen Ausbildungs-Platz zur Verfügung stellen müssen“, so die vida-Jugendvorsitzende Kerstin Cap.

Absage. Ein junger Touristiker auf Praktikumsuche wandte sich erst vor kurzem an die Gewerkschaft vida. Der Branchenanwalt hatte ein äußerst demotivierendes Antwortschreiben von einem Gastronomen aus Niederösterreich erhalten: Dass der Restaurantbesitzer nicht mehr bereit sei, dafür zu zahlen, dass er junge PraktikantInnen in seinem Restaurant ausbilde. Denn diese könne er nach 20 Uhr nicht mehr einsetzen, im Sommer kämen aber erst um diese Zeit die Gäste.

Entlohnung. Daher sei er auch nicht bereit, dem jungen Bewerber eine Stelle anzubieten. Besonders ungerecht behandelt fühlte sich der Wirt, da LehrerInnen an Schulen entlohnt werden, er aber sogar dafür zahlen müsse, junge Menschen auszubilden.

Putzkräfte. Klingt nach einem schlechten Scherz, ist es aber nicht. Das E-Mail liegt vida im Original vor. So wie der hier zitierte Gastronom wollen sich viele Arbeitgeber keine PraktikantInnen mehr leisten. Oder die jungen Leute, die auf Praxis angewiesen sind, werden als billige Küchenhilfen und Putzkräfte eingesetzt anstatt sie in die Branche einzuführen.

ines.schmied@vida.at



Vote & win!

vida Podcast für Podcast Award nominiert.

Das Gewerkschaften mit der Zeit gehen, das zeigt der vida Podcast. In Form von Hörbeiträgen vermittelt vida Wissen rund um die Arbeitswelt. Der erste Gewerkschaftspodcast in Österreich startete im Sommer 2009 und kann auf eine stetig wachsende Fangemeinde zählen – auch über Österreichs Grenzen hinweg.

Award zum Mitmachen. Der vida Podcast ist für den European Podcast Award nominiert, eine Initiative, die AudioPodcasts in ganz Europa prämiert.

Machen Sie mit und voten Sie für den vida Podcast. Bis Mitte April sollen alle nationalen, bis Mai die europäischen Gewinner ermittelt werden. Achtung, nicht nur vida kann gewinnen. Unter den BesucherInnen des Award-Portals, die ihre Stimme abgegeben haben, werden ebenfalls Gewinne ausgelost!

WEBTIPP

Alle Infos zum Award und zum vida Podcast finden Sie hier:
<http://www.european-podcast-award.eu>
<http://podcast.vida.at>

Menschen bei vida



Matthias Schachner

ist der David gegen Goliath

Matthias Schachner hat den Weg zu vida über das soziale Netzwerk im Internet „Facebook“ gefunden. Seit August 2009 ist er Teammitglied im Referat Recht.

Der Weg zu vida. „Meine jetzige Kollegin im Referat Recht Canan Aytekin kenne ich aus der gemeinsamen Praktikumszeit am Gericht“, erzählt Matthias. „Sie hat mich über Facebook kontaktiert und gefragt, ob ich im Team des Referates Recht mitarbeiten möchte.“ Zu diesem Zeitpunkt hatte der 35-Jährige die Anwaltsprüfung erfolgreich absolviert und war auf Jobsuche. „Als sie dann in Babypause ging, hat es schließlich geklappt und ich wurde ihre Karenzvertretung“, berichtet der gebürtige Wiener.

Der berufliche Alltag. Beratung ist eine zentrale Tätigkeit in Matthias' Arbeitsalltag. Sein fachliches Wissen im Rechtsbereich wird sowohl von Mitgliedern und BetriebsrätInnen als auch von BundesfachgruppensekretärInnen in Anspruch genommen. „Das bedeutet viel Recherchieren und Verfassen von Stellungnahmen zu Anfragen unserer BetriebsrätInnen oder für Gerichtstermine. Besonders spannend findet Matthias die direkte Konfrontation mit den ArbeitgeberInnen vor dem Arbeitsgericht. „Recht haben ist das eine, Recht bekommen ist jedoch das andere“, erklärt Matthias, „da sind eine

geschickte Argumentation und die richtige Formulierung sehr oft entscheidend und wenn ich dann Erfolg habe, fühle ich mich manchmal wie David gegen Goliath“, erzählt Matthias schmunzelnd.

Was mir wichtig ist, zu sagen. Gerade in der Rechtsberatung und in der Vertretung der ArbeitnehmerInnen vor dem Arbeitsgericht sind schriftliche Aufzeichnungen wichtig. „Man kann nur diejenigen Dinge argumentieren, die man auch beweisen kann. Ich kann nur jedem Mitglied empfehlen, auch von mündlichen Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber ein Gedächtnisprotokoll zu verfassen. Das kann vor Gericht im wahrsten Sinne des Wortes Goldes wert sein“, erklärt Matthias.

Wie ich entspanne. „Hin und wieder organisiere ich auch einen Spieleabend. Das ist eine gute Gelegenheit, sich wieder einmal auszutauschen und einfach Spaß zu haben. Also treffe ich meine Freunde nicht nur auf Facebook, sondern auch im realen Leben“, erzählt Matthias schmunzelnd.

matthias.schachner@vida.at

Die BOGU mit dem großen Plus.

ICH WAR BEI DER NEUEN BOGU+! ALLES AUF SCHIENE.

GERALD MAHLER, VERSCHIEBER

Die neue BerufsOrientierte GesundenUntersuchung BOGU+ wird von Wellcon seit Jänner 2010 durchgeführt und ist Bestandteil einer ganzheitlichen Betreuung von Versicherten der VAEB. Wesentliche Neuerungen, die von Ärztinnen und Ärzten der Wellcon im Auftrag der VAEB entwickelt wurden:

- + spezielle Wirbelsäulenuntersuchung – schnell + strahlungsfrei + effizient
- + verbesserte Nachbetreuung – präventiv + präzise + zielführend

Stellen Sie mit der neuen BOGU+ die Weichen in eine gesunde Zukunft. Melden Sie sich gleich an: 050 2350 - 36213 oder boguoonline@vaeb.at.

WELLCON IM AUFTRAG DER VAEB